

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postspartassafonto 57644.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschböhmen monatlich 120.— SK, für Deutschland 16.— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die Magyaren stellen neue Abzugsbedingungen.

Budapest, 9. September. (Tsch. P. B.) Die Ententennote ist von der ungarischen Regierung bisher nicht beantwortet worden. Heute tritt ein Ministerrat zusammen, welcher die endgültige Redaktion der Antwortnote vornehmen wird. Im großen und ganzen sind die Ententevertreter über den Inhalt der Antwortnote informiert. Die ungarische Regierung vertritt den Standpunkt, den Frieden von Trianon restlos zu erfüllen, hält aber immer noch an der Forderung nach Garantien von Oesterreich hinsichtlich der Entschädigungsfrage fest. Die Ententevertreter werden die Antwortnote sofort nach Paris telegraphieren und um dringende Instruktionen ansuchen. Die endgültige Entscheidung der ungarischen Regierung in der westungarischen Frage wird von der Rückantwort der Entente abhängig gemacht.

Italienische Truppen im Anmarsch.

Wien, 9. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die Nacht ist im Burgenland an der niederösterreichischen Grenze im allgemeinen ruhig verlaufen. Matteredorf wird von der österreichischen Gendarmerie gehalten. Der Raum von Wiener-Neustadt, Wilmsdorf und Ebenfurt wird von österreichischer Wehrmacht gesichert. In Wiener-Neustadt ist heute Mittag ein Bataillon italienischer Soldaten eingetroffen, das ursprünglich für Oberschlesien bestimmt war, aber ins Burgenland abgehen soll.

Wien, 9. September. Gendarmezentraldirektor Dr. Camp hat die Absendung der letzten verfügbaren Gendarmeziereferve aus allen österreichischen Ländern angeordnet, um die erschöpfte Besatzung der Zone I zu entlasten. Darüber hinausgehende Sicherheitsmaßnahmen müssen noch immer unterbleiben, da die Entente auch heute noch an dem Verbot des Einmarsches der Reichswehr festhält.

Arbeiterwehren.

Wiener-Neustadt, 9. September. (Tsch. P. B.) Die Absicht, das Burgenland zu räumen und mit der Gendarmarie an die alte Grenze zurückzugehen, wurde fallen gelassen. Die Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt schreibt zur Bildung eines Selbstschutzes. Bei der sozialdemokratischen Partei haben die Einschreibungen zur Bildung eines Freiwilligen-Heeres begonnen.

Geistliche als Spione für das „christliche“ Ungarn.

Wien, 9. September. (Tsch. P. B.) Gestern wurden von der westmagyarischen Grenze 49 Spione nach Wien gebracht. Darunter befinden sich einige Gemeindefunktionäre und vier Geistliche.

Die deutschösterreichische Landesregierung kehrt nach Matteredorf zurück.

Wiener-Neustadt, 8. September. Nach Berichten von heute Vormittag kehrt die Landesbehörde für die politische Verwaltung Westungarns heute nach Matteredorf zurück. (Hoffentlich kündigt sich mit dieser Meldung eine Wendung zum Besseren an.)

Jetzt haben sie den freien Handel.

Seit Jahr und Tag hört man von bürgerlicher Seite den Ruf nach dem freien Handel: wenn nur die staatliche Bewirtschaftung des Getreides abgebaut sein wird, dann werde Getreide in Hülle und Fülle zu haben sein, die Bevölkerung werde sich soviel Mehl kaufen können, als sie nur will, die schönen Zeiten der Vorkriegsjahre seien dann wieder für alle gekommen. Der freie Handel verfüge über die Zauberkraft, die Bevölkerung gut und ausreichend zu ernähren. Daß die Agrarier stets so gesprochen haben, kann niemanden Wunder nehmen, denn sie wissen es, daß der freie Getreidehandel tatsächlich das Paradies bedeutet, in dem sie goldene Früchte pflücken, ungeahnte Gewinne einheimen. Aber nicht nur die Agrarier haben den freien Handel herbeigesehnt, sondern alle bürgerlichen Parteien: der Herr Fabrikant Wosfrum konnte in der bürgerlichen Provinzpresse nicht genug das Loblied des freien Handels singen, der Herr Abgeordnete Kosika, der Beauftragte der Fabrikanten im Parlament, hat in jeder Rede die Bevölkerung von den Wohltaten des freien Handels zu überzeugen gesucht, der Theoretiker der deutschbürgerlichen Parteien, der Herr Zenker in Gablonz hat sogar in einem biden Buche den Beweis für die Segnungen des ungehemmten Wuchers geführt, der Christlich-soziale Ledebour hat im Senat in dasselbe Horn geblasen und sogar die deutschen Nationalsozialisten, die heimliche Art der Hakenkreuzler, sind für den freien Handel als mutige deutsche Reden in die Presse gesprungen. Bei der Beratung über den Ernährungsplan im Ernährungsausschusse des Abgeordnetenhauses waren die Herren Nationalsozialisten gar nicht anwesend, scheinbar interessiert sie die ganze Ernährungsnot der Arbeiter nicht und wir sind überzeugt davon, daß wenn die Arbeiter den Herrn Knirich zur Verantwortung ziehen werden, wie es während des Wahlkampfes im Jahre 1920 der Fall gewesen ist, er mit frommen Augen aufschlag und mit seiner treudeutschen Wiederbeten beteuern wird, er verstehe nichts von volkswirtschaftlichen Dingen, so wie er seine Abstimmung für das Kriegsleistungsgesetz im alten österreichischen Parlament damit entschuldigend hat, daß er die Wirkungen dieses schrecklichen Gesetzes, die die Arbeiter im Kriege wahrhaftig genug gespürt haben, nicht vorausgesehen hat. Wir glauben im übrigen, es ist, da man die „Wohltaten“ der freien Getreidewirtschaft schon zu spüren beginnt, da der Haushalt jedes Arbeiters, Angestellten, Beamten, ja selbst Kleinbürgers, die Verteuerung der Lebenshaltung in brüderlicher Weise zu fühlen bekommt, da weiten Schichten der Bevölkerung das Herabfallen auf ein weit niedrigeres Lebensniveau droht, Zeit, daran zu erinnern, daß die halbproletarischen Elemente, eben jene Kleinbürger und Beamten, ja sogar jene weniger klassenbewußte Arbeiter vor nicht gar zu langer Zeit vom freien Handel alles mögliche erhofften, soferne das Geschrei der bürgerlichen Parteien, der freie Getreidehandel sei unser Glück, auch ihre Köpfe verwirrte und der Meinung waren, nur die bösen Sozialdemokraten seien Schuld, daß wir nicht mehr zu essen haben, da diese Anhänger der staatlichen Bewirtschaftung sind und nichts werde der Bevölkerung mehr frommen, als wenn die Sozialdemokratie ihren Widerstand gegen den freien Getreidehandel aufgeben wird.

Wir Sozialdemokraten haben uns durch die demagogischen Parolen der bürgerlichen Parteien nicht davon abhalten

lassen, den Kampf für die Beibehaltung der Bewirtschaftung des Getreides weiterzuführen. Wir sind im Ernährungsausschusse des Abgeordnetenhauses dafür eingetreten, daß der Preis der vor dem 1. September versorgten Personen auch weiterhin derselbe bleibe, was die bürgerlichen Parteien aller Richtungen einmütig abgelehnt haben. Wenn also jetzt Arbeiter zu Tausenden aus der öffentlichen Versorgung einfach hinausgeworfen werden, so können sie sich bei den bürgerlichen Parteien und deren Führern, den christlich-sozialen, „nationalen“, „demokratischen“ und „national-sozialen“ Abgeordneten bedanken. Die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit, welche die bürgerlichen Parteien bei jeder Gelegenheit betonen, hat sich — zum wievieltensmale? — als hohle Phrase erwiesen. Nicht die Wohlfahrt der Arbeiter, sondern die Profite der Agrarkapitalisten waren und sind die größte Sorge der bürgerlichen Parteien, die sich als Vertreter der städtischen Konsumenten gebärden!

Aber auch die Regierung hat sich in ihrer ganzen Arbeiterfeindschaft offenbart. Gewiß konnten die Herren Cerny und Prochaska nichts anderes verordnen, als was ihnen die Petta erlaubte. Aber sie haben nicht einmal die Beschlüsse des Ernährungsausschusses respektiert. Was kümmern diese Herrschaften auch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses? Der Ernährungsausschuss hat beschlossen, die Höchstpreismengengrenze der noch der Versorgung teilhaftig werdenden mit 2500 Kronen zu bemessen, in der Regierungsverordnung vom 16. August hingegen ist die Einkommensgrenze mit 2000 Kronen festgesetzt. Der Ernährungsausschuss hat bestimmt, der Preis des bewirtschafteten Weizenmehles sollte 4 Kronen betragen, die Verordnung schreibt 5 Kronen vor. Der Ernährungsausschuss hat in seinen Beschlüssen die Regierung verpflichtet, durch Ankauf ausländischen Getreides dafür zu sorgen, daß die durch die Verordnung umschriebenen Personen das Mehl auch wirklich erhalten, die Durchführungsverordnung vom 17. August jedoch macht die Versorgung abhängig von der erfolgten Anlieferung, das heißt, die Regierung verpflichtet sich zu gar nichts: liefern die Bauern etwas ab, bekommen die Arbeiter zu essen, wenn nicht, können die Arbeiter die Wucherpreise bezahlen.

An der Ernährung in diesem Versorgungsjahr können die Arbeiter ersehen, in wessen Interesse die Politik liegt, welche die Regierung und die bürgerlichen Parteien treiben. Mit einer gewissenlosigkeit ohne Gleichen sind die bürgerlichen Parteien mit dem Schlagwort vom freien Handel haustüren gegangen und haben der Bevölkerung eingeredet, wenn nur der freie Handel einmal da sein werde, werde alles in Hülle und Fülle zu haben sein. Bei der Beratung des Budgets im Abgeordnetenhause haben die bürgerlichen Parteien geschlossen für eine Resolution gestimmt, in der der Freihandel mit allen bisher staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln verlangt wird. Dieselben Parteien scheuen sich freilich nicht jetzt, Versammlungen abzuhalten, in der sie gegen die mangelhafte Ernährungsweise Sturm laufen. Sie, die die Urheber und Mitschuldigen des gegenwärtigen Ernährungschaos sind, klagen jetzt über die Folgen ihres eigenen Tuns. Aber die Arbeiterschaft hat in den letzten Jahren zu viel gelernt, um nicht das falsche Spiel zu durchschauen, um nicht zu erkennen, daß die bürgerlichen Parteien nichts anderes sind als die Sachwalter des gerissensten Profitmachertums. Die Herren Fabrikanten, die mitschuldig sind an der neuen Teuerungswelle, haben noch die Stirne, von einer „Lohnstabilisierung“ zu sprechen. Die Ar-

beiterschaft wird für solche Reden nur ein Nüchseljude übrig haben. Die bürgerlichen Parteien haben die freie Getreidewirtschaftung und damit die Brot- und Mehlverteuerung herbeigeführt, sie dürfen sich nicht wundern, wenn die Arbeiterschaft ablehnen sollte, die Folgen dieser Teuerung zu tragen und wenn sie dafür in den Kampf tritt, daß die Unternehmer die Folgen der Politik ihrer Beauftragten, der bürgerlichen Parteien, mit übernehmen. Die Besitzklassen werden dann die „Segnungen“ des freien Getreidehandels an ihrem eigenen Leibe spüren.

Unserer Jugend zum Grusse!

Vom 10. bis 12. September hält der sozialistische Jugendverband in Teplitz-Schönau seinen ersten Verbandstag ab. Alle Jugendgenossen, die der Sozialdemokratie die Treue gewahrt haben, werden ihn beschicken. Eine Schar strebender, kampftroher Jünglinge und Mädchen wird in den dreitägigen Verhandlungen des Verbandstages Rückschau halten über vergangene Kämpfe und mühsame, doch erfolgsgekrönte Arbeit und wird, indem der Verbandstag ein Programm des Jugendverbandes beschließen wird, neue Ziele, neue Arbeit festzusehen haben.

Noch ist das Schicksal unseres alten Jugendverbandes in aller Erinnerung. Die Kommunisten haben die Jugend als „Stoßtruppe“ gegen unsere Partei mißbraucht, sie haben diesen Teil des Proletariats, der seiner Natur nach Utopien zugeeignet ist, mit ihrer Ideologie von dem Wunder absoluter Diktatur des Proletariats erfüllt; und als dann auf dem vorjährigen Karlsbader Jugendtage der Antrag auf Anschluß an die sogenannte kommunistische Jugendinternationale gestellt wurde, löste die überwiegende Mehrheit der Delegierten die alten Bande, die den Jugendverband an die Partei knüpfte. Während aber ein Teil der Jugendlichen ihren neuen Weg suchte, blieben die kritisch denkenden Genossen der Sozialdemokratie treu. Ihre Treue wurde mit dem Ausschluß aus dem kommunistischen Internationale angeschlossenen Jugendverbande belohnt. Nun gingen aber die Ausgestoßenen besorgt daran, den sozialdemokratischen Jugendverband wieder aufzurichten. Aber alle Hemmnisse hinweg kämpften sie gegen die Kommunisten um die Hirne und Herzen unserer Jugend. Schon am 5. Dezember 1920 erfolgte die Konstituierung des neuen alten Verbandes und bald darauf erschien das neue vorbildliche Verbandsorgan, „Die sozialistische Jugend“. Von da ab wuchs beständig die Zahl derer, die den Reihen des Verbandes zuströmten. Und wenn auch durch die Politik der Kommunisten nur erreicht wurde, daß ein beträchtlicher Teil der proletarischen Jugend sich nationalsozialistischen und clerikalen Vereinen anschloß und so ihrer Klasse entfremdet wurde, so kann doch mit Stolz gesagt werden, daß sich der reiste Teil der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates im sozialistischen Jugendverband zu rühriger Tätigkeit vereint hat.

Die Partei verfolgt diese lebensfrohe Entwicklung der jungen Organisation mit großer Aufmerksamkeit. Sie ist sich bewußt, daß ihre tätigsten, opferfreudigsten Kämpfer aus den Reihen der Jugendlichen erstehen, daß die Jugendlichen die Hoffnung und der Stolz der Partei sind. Mit allen ihren Mitteln will die Partei unserer Jugend die Möglichkeit geistigen und körperlichen Wachstums und Gedeihens bieten, sie will sie nicht abhängig machen und mißbrauchen, wie es andere Parteien tun, sondern sie will der Jugend des Proletariats die freie Entwicklung zu selbstbewußten Menschen sichern.

Nicht bange ist uns dann um die Wahl, die heilig reife, Klassenbewusste Proletarier treffen werden.

Den Genossinnen und Genossen, die sich in Teplitz zum ersten Jugendtag zusammenfinden, wünschen wir zu ihren ersten Beratungen besten Erfolg! Wir grüßen sie als die Abgesandten unserer Jugend, als die Herolde unserer Hoffnung!

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Besprechung mit dem Ernährungsminister.

Im Auftrage des Parteivorstandes, der Zentralgewerkschaftskommission und des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften sprachen gestern abends beim Ernährungsminister die Genossen Cermak, Dietl, Kreisly, Lorenz und Wohl vor, um den Protest der deutschen Arbeiterschaft gegen die Verordnungen des Ministeriums für Volksverpflegung vorzubringen. Die Abordnung wies darauf hin, daß die Verordnungen sogar hinter jenen Versprechungen zurückbleiben, die die Regierung dem Ernährungsausschuß des Abgeordnetenhauses gemacht hatte. Unsere Genossen erklärten, daß die Abordnung von drei Millionen Köpfen der arbeitenden Bevölkerung aus der staatlichen Versorgung für diese Schichten eine namhafte Verteuerung des Brot- und Mehlbezuges zur Folge hat, und auch technisch durch die Gemeindecämter kaum durchführbar ist. Die Abordnung verlangte ferner, daß auf jeden Fall für den kleinen Kreis der in der staatlichen Versorgung Verbleibenden der Bezug auf die Art garantiert werden müsse, daß die fehlenden Mengen eventuell im Auslande aufgekauft werden. Ganz besonders hart trifft die Beschränkung der staatlichen Bewirtschaftung die vielen Tausende Arbeitslose und Kurzarbeiter. Dadurch, daß die staatliche Bewirtschaftung für Brot- und Mehl nahezu völlig aufgelassen werde, leidet die Arbeiterschaft unter dem verschärften Druck der Teuerung. Die Unternehmer haben bereits für die Warenpreise der nächsten Zeit die Ausgabe der Profsteuer eingerechnet, die sie nunmehr ersparen. Diese Beträge und darüber hinaus werden wohl die Unternehmer Teuerungszulagen bewilligen müssen, damit die Arbeiterschaft auch nur notdürftig existieren kann. Die Abordnung verwies auch darauf, daß durch die Viehausfuhr die Fleischpreise wesentlich gestiegen sind. Schließlich verlangte sie eine entsprechende Berücksichtigung der Kleinbäcker, insbesondere der Gebirgsbauern, die zur Getreideablieferung stärker als der mittlere und große Besitz des Flachlandes herangezogen werden.

Der Minister Dr. Prohaska erklärte, daß es ihm nicht möglich war, die Verordnung genau nach den Beschlüssen des Ernährungsausschusses herauszugeben. Die Regierung weiß wohl, daß es derzeit nicht möglich ist, nur vier Millionen Köpfe zu versorgen und rechnet schon damit, daß wenigstens in diesem Monat noch sechs Millionen in der staatlichen Versorgung verbleiben. Für diese ist das Mehl vorrätig. Derzeit stoßen die Zuschüsse infolge administrativer Schwierigkeiten. Jene Personen, die in die staatliche Versorgung aufgenommen wurden, wird das Mehl vom 4. September an nachgeliefert werden. Der Minister gab zu, daß die kleinen Landwirte, insbesondere die Gebirgsbauern, unvorteilhaftmäßig befaßt sind, erklärte, daß das Ernährungsministerium eine Änderung in der Weise vorbereitet, daß diese entlastet und die Leistungen der größeren Bauern des Flachlandes erhöht werden. Ferner versprach der Minister, daß der freien Einfuhr und dem freien Grenzverkehr mit Kartoffeln keine Schwierigkeiten bereitet werden. Die Viehausfuhr wurde bereits verboten und er werde Vorkehrungen treffen, daß billigeres Fleisch auch in die Industriegegenden gelangt.

Sitzung des Parteivorstandes.

Die Ernährungsschwierigkeiten. — Verschlebung des Parteitag.

Die Sitzung des Parteivorstandes in Prag am 9. ds. M. beschäftigte sich nach dem Referat des Genossen Cermak in einer eingehenden Debatte über die durch die Augustverordnungen für die Brot- und Mehlversorgung entstandenen Ernährungssituation. Von den Mitgliedern des Klubs der Abgeordneten wurde der Kampf um den Ernährungsplan im Ernährungsausschuß geschilbert und dargestellt, wie, offenbar durch Vereinbarungen der tschechischen Parteien, die Herausgabe der Verordnungen anstelle der parlamentarischen Regelung vorbereitet wurde. Die Regierung hat die Wünsche der tschechischen und deutschen bürgerlichen Parteien und vornehmlich der Agrarier nach dem freien Handel erfüllt. Die linken Parteien hat die Bevölkerung nun die Ver-

teuerung ihrer Lebenshaltung zu danken. In der nun einsetzenden allgemeinen Teuerungswelle wird es für die Arbeiterschaft wohl keinen anderen Ausweg geben, als durch Erlangung von Teuerungszulagen die Steigerung der Lebensmittelpreise einigermaßen wettzumachen. Die Unternehmer, die die Vorkämpfer für den Freihandel waren, werden in Konsequenz ihrer Forderung nun wohl auch an die Frage der Bewilligung von Lohnerhöhungen herantreten müssen. Am Schlusse der Debatte, an der sich die Genossen Dr. Morgenstern, Sadenberg, Lorenz-Rothau, Dietl, Kreisly, Hiltebrand, Dr. Heller, Macoun und Krenser beteiligten, wurde der Antrag angenommen, der Regierung unseren Protest in einer Broschüre zu übermitteln, in einem Flugblatt die Ursachen der heutigen Ernährungssituation darzulegen, die Schuld der deutschen und tschechischen bürgerlichen Parteien und der Regierung zu brandmarken, ferner der Arbeiterschaft zu zeigen, wie sie sich gegenüber den Folgen des freien Handels zu wehren hat. Im selben Sinne sind auch Versammlungen zu veranstalten.

Da sich der Abhaltung des Parteitages am Sonntag, den 9. Oktober, und in Prag bedeutende lokale Schwierigkeiten entgegenstellten, wurde beschlossen, den Parteitag in Tetschen a. E. im Hotel „Stadt Prag“ am 13. November und die folgenden Tage abzuhalten.

Im übrigen beschäftigte sich der Parteivorstand vornehmlich mit inneren organisatorischen Fragen.

Inland.

Voraus die Slowakei schon lange erwartet hat... Die Rundmachung Bellais, des Trenciner Zupans, die die Behörden auffordert, jeden, der sich im Trenciner Komitat „öffentlich und provokativ“ der ungarischen Sprache bedient, sofort zur Legitimation zu verhalten und die ungarischen Firmentafeln und Handelsdrucksorten zu beschlagnahmen, empfängt das Organ der slowakischen Nationalpartei „Narodni Roviny“ mit wahren Jubel. Auf diesen energischen Schritt habe die Slowakei bereits lange gewartet, sagt „Narodni Roviny“ und fordert, daß mit den bisherigen weichherzigen Methoden gebrochen und ähnliche Maßnahmen auch in den anderen Komitaten getroffen werden. So wird die Schandwirtschaft der ungarischen Gentry in der Slowakei in einer anderen Richtung fortgesetzt und sehr oft von denselben, die unter der ungarischen Herrschaft die lautesten Patrioten waren.

Nur kein Programm! „Venkob“, das Blatt des designierten Ministerpräsidenten Schwesla bringt an leitender Stelle einen Artikel über die Regierungsbildung, in welchem zunächst gesagt wird, daß die neue Regierung vor der Reife des Präsidenten nach Wahren keineswegs gebildet werden wird. Man braucht nicht viel darüber zu reden, heißt es weiter, daß in einem demokratischen Staat stets nur eine parlamentarische Regierung sein soll. Werde hiebei einmal eine Ausnahme gemacht, so zeige dies davon, daß im Staate irgend etwas nicht in Ordnung sei. Auch im Auslande weist man darauf hin, daß sich das tschechische Volk nicht selbst regieren könne und noch der Regierung durch die Bürokratie bedürfe. Soll jedoch die Bildung der parlamentarischen Regierung gelingen, so sei dies nur möglich durch irgendein Kompromiß, aber nicht durch das Diktat einer Partei. Wenn eine Partei ihre Bedingungen stellen und davon den Eintritt in die Regierung abhängig machen würde, dann könnte sich in der Republik kein politischer Kopf finden, der ein neues Ministerium zustande brächte. Nicht Diktatur, nur Anträge zu einem Kompromiß seitens der Parteien können die Bildung der Regierung möglich machen. — In diesen Ausführungen ist ziemlich offen angedeutet, daß es dem Schwesla am liebsten wäre, wenn die Regierung überhaupt kein Programm hätte. Obwohl die Forderungen der tschechischen Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten nicht gerade himmelstürmend sind, sind sie auch dem Herrn Schwesla schon zu viel, woraus man ersieht, in welcher Weise diese Forderungen Erfüllung finden werden.

Annähe Aufregung. Eine „Schwere Taktlosigkeit“ und eine „Verletzung des Taktes, der bei allen Kulturenationen der ganzen Welt als ein gemeinsames Gesetz“ gelte, so nennt die antranshaft erhöhte Körpertemperatur leidende „Narodni Politika“ das Vorgehen unserer Brüder Genossen, weil diese aus Anlaß des Besuches des Präsidenten sich nicht so verhalten wollen, wie das Blatt möchte. Wenigleich auch wir uns längst damit abgefunden haben, für unsere Haltung die Zustimmung der „Narodni Politika“ zu und der ihr gefinnungsverwandten Blätter zu finden, wollen wir doch die Ursache ihrer Aufregung im richtigen Maße zeigen. Die tschechische Mehrheit des Brüner

Gemeinderates beabsichtigt, eine eigene Suldigungssitzung für den Präsidenten abzuhalten und lud dazu auch die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten ein. An Suldigungen irgendwelcher Art teilzunehmen, haben unsere Genossen immer und überall abgelehnt und sie ließen daher die tschech. Mehrheit des Brüner Gemeinderates wissen, daß sie ihr früheres Verhalten auch diesmal beobachten werden. Den deutschen Sozialdemokraten ist es nun einmal verfallen, dem raschen Weg, den manche tschechische Parteien aus ihrer „hochverräterischen“ Vergangenheit heraus zu ihrer gegenwärtigen Blütenweißen Loyalität gefunden haben, zu folgen, aber die starken Worte der „Narodni Politika“ erscheinen bedeutend verstiegen, da unsere Genossen im Brüner Gemeinderat sich niemals abgeneigt zeigten, einer Einladung zu folgen, wenn es sich um eine Aussprache und nicht lediglich, wie beabsichtigt ist, um eine Suldigung handeln würde. Das tschechische Blatt, das diesen richtigen Sachverhalt unterschlägt, läte, anstatt sich künstlich zu entziehen, besser, wenn es darüber Betrachtungen anstellte, wollte, ob es von den Veranstaltern des Besuches des Präsidenten Lug gehandelt war, im Programm nur Besuche tschechischer Städte und tschechischer Schulen vorzunehmen.

Die tschechischnationalistische Sprachenverordnung. Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 824 vom 6. September d. veröffentlicht die Regierungsverordnung zum Gesetze vom 25. August l. J. Die Benennung und Bezeichnung der Städte, Gemeinden und Gassen, die Aufschriften und das Nummerieren der Häuser wurde durch die Durchführungsvorordnung vom 6. d. M. geregelt. Für die Städte und Gemeinden, in welchen nach der letzten Volkszählung wenigstens 20 Prozent Staatsbürgern, nicht der tschechisch-slowakischen Nationalität (?) angehören und für die Sitze der Lemier und Bezirksgerichte, in welchen wenigstens 20 Prozent einer nationalen Minorität wohnt und ebenso für Städte und Gemeinden, für welche die tschechisch-slowakische Sprache (?) keine besondere Bezeichnung geschaffen hat, kann der Minister des Innern als Benennung auch jene zur amtlichen machen, welche im Gebrauche der Minorität sich gebildet hat und keine bloße Verstümmelung oder Vergewaltigung der bisherigen Benennung ist und der Zweckmäßigkeit der Verwaltung nicht zuwiderläuft. Die Benennung der Gassen und öffentlichen Plätze ist eine Angelegenheit der Gemeindeverwaltung. In Städten und Gemeinden aber, wo wenigstens eine 20-prozentige tschechisch-slowakische Minorität und in allen Vadeorten müssen auf den Tafeln auch die tschechischen Benennungen hinzugefügt werden, u. zw. an erster Stelle. Diese Verordnung gilt auch für die Bezirksstädte, in deren amtlichen Bereich wenigstens eine 20-prozentige tschechische Minorität wohnt. — Diese Verordnung ist alles eher als aus dem Geiste der Friedfertigkeit, von den immer wieder gesprochen wird, geschlossen worden. Verglichen mit der Sprachenpraxis im alten Oesterreich, das doch die Tschechen überwinden wollen, ist dieser Sprachenkass geradezu ungeheuerlich.

Hilfe für Rußland.

Ransens Eintreten für Sowjetrußland.

Genf, 9. September. (Wolff.) In der heutigen Völkerverammlung hielt Ranssen eine lange Rede über das Hilfswerk, das das ungeheure Elend in Rußland lindern soll. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man bei der Durchführung des Hilfswerkes sich in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen die Erfahrung gemacht, daß die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen streng erfüllt. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die verprochene Anzahl Gefangener heimtransportiert. Auch die Kleider für Kriegsgefangene sind, trotz des ungeheuren Wertes, den Bekleidungsstücke in Rußland haben, stets unter die ausländischen Soldaten verteilt worden. Es könne daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung jetzt, wo es sich um Rußland selbst handelt, absolut zuverlässig sei. Diese Erklärungen machten tiefen Eindruck auf die Versammlung und die Tribüne. Ranssen schloß: Dieses grauenhafte Bild zeigt ihnen, daß wir uns hier einer der größten Katastrophen gegenübersehen, die Europa jemals bedroht hat. Der Oberste Rat habe die Lage geprüft und durchaus begriffen, daß gehandelt werden müsse, aber er habe erst eine Untersuchung angeordnet und bezweifelt, ob Rußland die nötigen Transportmittel habe; man müsse jedoch bedenken, daß der Winter vor der Tür steht, daß am 15. November die Wolga zufriert und Transporte auf derselben unmöglich werden. Zu Weihnachten könnten die Kinder denen geholfen werden soll, tot sein und die Hilfe könnte zu spät kommen.

Vom westungarischen Kriegsschauplatz.

Bundeskanzler Schober über die Schuld der Entente.

Wien, 9. September. Bundeskanzler Schober erklärte gegenüber Journalisten: Die magyarische Kampagne gegen die Friedensverträge hat soeben den Höhepunkt erreicht. Die Entente hat mit ihrer bisherigen Methode des blinden Vertrauens und der gefährlichen Verzögerungen die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Die Lage ist für Oesterreich äußerst unangenehm, aber noch unangenehmer für die Entente, welche eine große Verantwortung auf sich genommen habe. Die österreichische Regierung wurde zur rechten Zeit von dem in Westmäharien vorbereiteten Putsch unterrichtet und wir haben die Ententeregierungen rechtzeitig gewarnt. Die Entente hat es aber für überflüssig erachtet, an gemeinsame Militärkräfte nach Westmäharien zu senden, obwohl sie einige Male darum ersucht wurde. Wir haben die Notwendigkeit dieser Maßnahmen begründet. Die Entente hat uns auch späterhin nicht gestattet, von der Reichswehr Gebrauch zu machen, und hat daran bis zum heutigen Tage festgehalten.

Die Entente verbürgt sich für den Frieden von Trianon.

Wien, 9. September. Die „Politische Korrespondenz“ schreibt: Die Ententemächte haben der österreichischen Regierung neuerdings versichert, daß die von Oesterreich in der westungarischen Frage eingegangene Haltung ihre volle Zustimmung finde. Die österreichische Regierung hat nunmehr die interalliierte Generalkommission in Oedenburg verständigt, daß sie, wenn den gegenwärtigen Zustände im Burgenlande nicht bald ein Ende bereitet werde, die Gendarmerie zurückziehen müsse, weil sie nicht gewillt wäre, das Leben dieser zu friedlicher Besetzung ins Land gerufenen Sicherheitsbeamten weiter aufs Spiel zu setzen. Dem österreichischen Gesandten in Paris ist die dezidierte Versicherung gegeben worden, der Friedensvertrag müsse durchgeführt werden, er werde auch durchgeführt werden, dessen könne Oesterreich versichert sein.

Stefan Friedrichs stillches Pathos.

Budapest, 8. September. (Tsch. B. B.) Stefan Friedrich erklärte nach seiner Rückkehr nach Budapest, er könne sich über die westungarische Frage nicht äußern, da dies nur dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Äußeren vorbehalten ist. Alle seine Gedanken wenden sich aber den für ihre Freiheit kämpfenden westungarischen Brüdern zu. Graf Julius Andrássy erklärte, es sei überraschend, weshalb sich Europa über die Ereignisse in Westungarn wundere. Eine ähnliche Bisektion, wie es die Abtrennung Westmähariens sei, könne nicht so glatt verlaufen, wie es sich die Diplomaten beim grünen Tische vorstellen. Als wir die übrigen Teile Mähariens verloren, haben im Lande unpatriotische Elemente geherrscht. Heute ist dies aber anders. Die Regierung selbst ist mit schweren Herzen in ehrenvoller Weise entschlossen, den Friedensvertrag von Trianon zu erfüllen. Oesterreich könne aus den Ereignissen erkennen, daß es einen schweren Fehler begangen habe, wenn es wie Schlyok aus dem magyarischen Körper ein Stück Fleisch herausreißen wollte. Dieser Gewinn werde Oesterreich keinen Segen bringen. Oesterreich verleihe durch sein Vorgehen tödlich die Gefühle der Nation, welche sein bester Freund sein konnte. Auch Europa müsse zur Anschauung gelangen, daß nicht gewalttätige Durchführung ungeredeter Verträge den Frieden sichern könne, sondern nur der freie Wille der Völker.

Der österreichische Regierungskommissär zieht sich nach Wiener-Neustadt zurück.

Wien, 8. September. (Tsch. B. B.) Nach den aus Westmäharien eingelangten Meldungen hat sich der Chef der politischen Verwaltung für Westmäharien, Dr. Davy, entschlossen, Mattersdorf zu verlassen und über Wunsch der Ententekommission nach Wiener-Neustadt zu übersiedeln. Davy hat gestern einige Male beim Bundeskanzler interponiert und auf die drohende Gefahr hingewiesen. Er erhielt jedes Mal zur Antwort, die Generalkommission stelle sich ständig gegen ein aktives Einschreiten der Reichswehr in der Zone A.

Gestern sind französische und italienische Offiziere in Wiener-Neustadt eingetroffen, um die Situation an Ort und Stelle zu prüfen.

Der Ringkampf in Deutschland.

Die sozialdemokratischen Parteien für ein Kompromiß?

Berlin, 9. September. Am späten Abend wurde gestern vom Reichspräsidenten erneut mit den Vertretern der Reichssozialisten und Unabhängigen verhandelt. Von unabhängiger Seite wurden verschiedene Einwände gegen die mit der bayerischen Delegation getroffenen Vereinbarungen gemacht, die sie später größtenteils wieder fallen ließen, sodaß man sagen kann, daß auch die beiden sozialistischen Parteien mit dem Kompromiß in der bayerischen Frage einverstanden sind.

Schiebereien zwischen Stahlhelm und Kommunisten.

Braunschweig, 8. September. (Wolff.) Heute abends kam es aus Anlaß einer von dem Verein Stahlhelm einberufene Versammlung zu Ausschreitungen an verschiedenen Stellen der Stadt. Unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten drang die Menge in das Standquartier des Stahlhelms ein und durchsuchte die Räume. Hierauf zog sie zur Versammlung, wo es zu Schieberereien und Verhandlungen verschiedener Personen kam. Der Polizei gelang es schließlich, die Menge auseinanderzutreiben.

Einstellung kommunistischer Blätter.

Berlin, 9. September. Der Reichsminister des Innern hat das Organ der Kommunisten in Hessen, die „Hessische Arbeiterzeitung“ verboten. Auch das deutsche nationale „Göttinger Tageblatt“ ist wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten auf 14 Tage vom Oberpräsidenten Roske verboten worden.

Will man das Saargebiet den Deutschen entwenden?

Berlin, 9. September. (Wolff.) Die Reichsregierung hat bei der Regierungskommission des Saargebietes und beim Völkerbunde gegen die kürzlich erlassene Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes, wonach für das Saargebiet Einrichtungen geschaffen werden sollen, die einer besonderen saarländischen Staatsangehörigkeit nahezu gleichkommen und aus dem Saargebiet ein eigenes Staatswesen schaffen wollen, Protest erhoben. Denn diese Verordnung steht in vollem Widerspruch zu den obersten Grundsätzen des Vertrages von Versailles, über dessen klar ausgesprochenen Willen das Saargebiet lediglich ein vorübergehend der Regierung des Völkerbundes unterstellter Teil des deutschen Reichsgebietes sein und an dem Rechte der Staatsangehörigkeit seiner Bewohner keinerlei Änderung vorgenommen werden soll.

Militärische Maßnahmen Rußlands?

Mährisch-Odrau, 9. September. (Tsch.-P.) Die Lemberger „Gazeta Wierzorna“ erzählt aus Podwolozhyska von einer Massenkonzentrierung von Sowjettruppen an den rumänischen Grenzen. Die Sowjetbehörden klären dies damit auf, es sei nicht möglich, im Inlande die Truppen zu ernähren. In Rußland sei eine Mobilisierung der Männer bis zu 30 Jahren und eine Pferderekquisition angeordnet worden. In der Politik hat die Richtung Trozkis geirrt, welcher Rußland durch die Verbreitung des Kommunismus und die Weltrevolution retten will.

Der Privatsekretär Trozkis in Serbien verhaftet?

Belgrad, 8. September. (Jug. Pres.-B.) Die Polizei von Szombor brachte heute den Privatsekretär Trozkis, Nikola Mitrofan, nach Belgrad, welcher im Auftrage Trozkis die Tätigkeit und Stärke der kommunistischen Partei in Jugoslawien studiert hat. Mitrofan wurde heute von der Belgrader Polizei verhaftet und wird in den nächsten Tagen nach Rußland geschickt werden.

Verhandlungen zwischen Litauen und Rußland.

Mähr.-Odrau, 9. September. (Tsch.-P.) Einer Warschauer Meldung der Krakauer Presse zufolge wird Ende d. M. eine litauische Delegation in Riga eintreffen, um an der Ausarbeitung einer lettisch-litauischen Militärkonvention teilzunehmen. Die polnische Telegraphenagentur glaubt, die litauische Delegation werde das neue Projekt eines polnisch-litauischen Vertrages ablehnen, in welchem Hymanus die Schaffung enger politischer Beziehungen zwischen Polen und Litauen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des Seerwesens beantragt hat. Dem Projekte zufolge sollte ein autonomer Wilnaer Kreis geschaffen werden. Sollte es tatsächlich zur Ablehnung seitens Litauens kommen, werde die Angelegenheit der Völkerbundsversammlung vorgelegt werden.

Die Sowjetregierung verwehrt einer internationalen Hilfskommission die Einreise?

London, 8. September. (Reuter.) Die Antwort der Sowjetregierung auf die Note der Pariser internationalen Hilfs-

kommission kommt der Ablehnung der Einwilligung gleich, daß sich Mitglieder dieser Kommission sich nach Rußland begeben.

Sowjetrußlands Friedenssehnsucht.

Verhandlungsangebot an Rumänien.

Sofia, 9. September. Die Sowjetregierung hat die rumänische Regierung um Aufnahme von Verhandlungen betreffend die Herstellung normaler Verhältnisse zwischen beiden Ländern ersucht. Der rumänische Delegierte Filaliti ist telegraphisch aus Paris nach Sofia abgerufen worden. Von dort fährt er in einigen Tagen mit den entsprechenden Instruktionen nach Warschau, um mit dem dortigen Sowjetgesandten Karachan Verhandlungen zu pflegen.

Die Völkerbundsweisen kreischen...

Genf, 8. September. (Wolff.) Die Kommission für Abänderungen des Völkerbundsstatutes gab folgende Mitteilung aus: Man erinnert sich, daß die Kommission Samstag den Vorschlag der kanadischen Regierung besprochen hat, den Artikel 10 des Statutes zu streichen, wonach die Mitglieder des Völkerbundes sich gegenseitig ihre territoriale Unversehrtheit und ihre politische Unabhängigkeit gewährleisten. Die Vollziehung der Kommission beschloß heute endgültig, keine Abänderung zu beantragen, sondern interpretierte den Artikel dahin, daß der wesentliche Zweck des Artikels nicht darin bestehe, die territoriale und politische Organisation, wie sie heute besteht, zu vereinigen. Abänderungen können durch gewisse legitime Mittel eingebracht werden. Der Fall gibt diese Möglichkeit zu. Er bezieht sich nur auf territoriale Veränderungen als Folge von Angriffen. (Wie gestern, so würden sich auch heute, wo es sich darum handelt, Amerika den Beitritt zum Völkerbund schmachtlich zu machen, dessen Argunen vergeblich hin und her. Imperialistische Gelüste der Teilnehmer und Völkerbund lassen sich eben mit einander nicht vereinbaren.)

Genf, 9. September. Auf Antrag des Präsidenten der Völkerbundsversammlung beschloß diese heute, den Antrag Cecil über die Mandatsfragen einer Kommission zu unterbreiten. Der Antrag lautet: Die Versammlung bedauert die Verzögerung, die bisher die Mandatsfrage erlitten hat. Sie erkennt an, daß der Rat nicht die Verantwortung dafür trägt und verleiht der Meinung Ausdruck, daß es angebracht wäre, sofort in die Definition der Mandate A und B einzugehen. — Der dritte und letzte Redner der heutigen Debatte war der persische Delegierte, der erklärte, daß die oberste Frage zu einem europäischen Standal auswachse, falls sich nicht bald eine glatte Lösung finde.

Nach dem „Nachtrohrendblatt“ schilderte in dieser Sitzung der belgische Delegierte Lafontaine den furchtbaren wirtschaftlichen Druck in den Ländern Europas und entrollte ein düsteres Bild der gegenwärtigen Weltlage, die noch nicht besser sei, als sie nach Beendigung des Krieges war. Hinsichtlich der Abrüstung weist Redner auf die ungeheuren finanziellen Konsequenzen derselben hin. Er schildert die Schreden eines zukünftigen Krieges, der die riesenhaften Schulden Europas, die sich auf über 1000 bis 1100 Milliarden belaufen, noch vergrößern müßte. Ein wirtschaftlicher Wahnsinn herrsche heute unter den Völkern, dem der Völkerbund steuern müsse.

Die englischen Gewerkschaften fordern einen wirklichen Völkerbund.

London, 7. September. (Tsch.-P.-B.) Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm eine Entschlieung an, in der gefordert wird, daß der Völkerbund derart umgestaltet werde, daß er eine angemessene Vertretung allen Nationen biete. Weiter heißt es dann, der Friede könne nur gesichert werden durch die Schaffung einer Körperschaft, die das Vertrauen der Bevölkerung eines jeden Landes besitzt, das nur gewonnen werden könne durch eine angemessene Vertretung der Arbeiterparteien in der Völkerbundsversammlung.

Im Gegensatz zu dieser völkerverbündenden Auffassung der Arbeiter steht der Beschluß des offiziellen Völkerbundsrates, nicht alle souveränen Staaten aufzunehmen, wie das der argentinische Delegierte beantragt hatte. Angeblich widerspreche es „den Grundprinzipien des Völkerbundes“.

Der Abrüstungsswindel.

Genf, 8. September. In dem Berichte, den Viviani gestern abends in der Abrüstungs- und Flodakommission namens der gemischten Kommission für Abrüstung erstattete, wurde das Ergebnis der von der Versammlung angeordneten Umfrage bei den Völkerbundsstaaten zur Beschränkung der Heeresausgaben noch einmal behandelt. Viviani erklärte, daß

die Mehrzahl der Antworten dem Geiste des Wunsches der Versammlung entsprochen habe. Er erwähnte noch einige andere bereits verhandelte Fragen, wie die der gegenwärtigen Kontrolle der Nachrichten über die Abrüstungsfrage. Viviani wies auch auf die Notwendigkeit öffentlicher Beratungen hin, die die beste Propaganda seien. Der Ausschuß beschloß nach der Abstimmung über den Bericht, den Völkerbund zu ersuchen, sich sobald wie möglich mit dem Berichte über die Abrüstungsfrage zu beschäftigen.

Ungarn bittet um Aufnahme in den Völkerbund.

Genf, 8. September. (Wolff.) Die fünfte Kommission für die politischen Angelegenheiten trat heute zusammen, um die Aufnahmeversuche Ungarns, Lettlands, Litauens und Estlands zu besprechen. Graf Simino führte den Vorsitz. Viviani schlug vor, daß die Kommission dasselbe Verfahren, wie im letzten Jahre angewandt wurde, und demgemäß eine Unterkommission von sieben Mitgliedern ernannt, die in jedem einzelnen Falle folgende fünf Fragen zu beantworten hat: 1. Ist das Aufnahmeersuchen in den Völkerbund regelmäßig erfolgt? 2. Ist die Regierung de jure oder de facto anerkannt? 3. Besitzt das Land eine regelmäßige Regierung, bestimmte Grenzen und wie groß ist die Bevölkerung? 4. Wird das Land selbstständig regiert? 5. Wie handelte seine Regierung in Fragen der internationalen Verpflichtungen und betreffs der Vorschläge des Völkerbundes über die Abrüstungsfrage. Vor Schluß der Sitzung, die, wie bisher alle Kommissionsitzungen, geheim war, beantragte Lord Robert Cecil, daß in Zukunft die Sitzungen der Kommissionen öffentlich sein sollten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gegen den Krieg: Arbeitseinstellung!

London, 8. September. (Reuter.) Die Bergarbeiterföderation hat entschieden, daß, falls ein internationaler Krieg drohe, die internationale Bergarbeiterkonferenz einberufen werde, auf welcher die sofortige Einstellung der Arbeit in den Gruben erörtert werden soll.

Hoffnung auf Sanierung Osterreichs.

Günstige Verhandlungsergebnisse Dr. Grimms.

Wien, 9. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Heute ist der österreichische Finanzminister Dr. Grimm nach Wien zurückgekehrt. Über die Ergebnisse seiner Reise nach Paris und London wird aus dem Ministerium mitgeteilt, daß sowohl in Paris und London, als auch in Genf das österreichische Finanz- und Sanierungsprogramm ungeteilte Billigung gefunden hat und als Grundlage der weiteren Aktion festgehalten wird. Die Darlegungen des Finanzministers über die Maßnahmen, welche in Osterreich zum Abbau des Defizits ergriffen wurden, seien überall anerkannt worden, sodaß nunmehr die zugesicherte Hilfe auch wirklich einsehen wird, sobald die Vereinigten Staaten auf die Zurückstellung des Generalpfandrechtes eingegangen sind, würden sofort die bereits zugesicherten ersten Vorschüsse und Auslandskredite flüssig gemacht werden. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß fünf Millionen Pfund Sterling sofort flüssig gemacht werden sollen.

Englische Vermutungen über de Valeras Antwort.

London, 8. September. (Tsch.-P.) „Evening Standard“ zufolge herrscht in bestunterrichteten Kreisen die Ansicht vor, daß eine Verwerfung der Vorschläge der britischen Regierung durch de Valera unwahrscheinlich sei. Es wird für sehr wahrscheinlich gehalten, daß eine neue Zusammenkunft des Kabinetts in Inverness im Laufe der Woche stattfinden wird, ganz unabhängig davon, ob die Sinnfeiner die Einladung der Regierung zur Konferenz in Inverness am 20. September annehmen oder nicht. Wenn eine Konferenz stattfinden wird, wird sie wahrscheinlich nur von einigen Vertretern beiderseits geführt werden.

Die englischen Gewerkschaften gegen den Nützlichkeitswahn.

London, 8. September. (Wolff.) Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm heute eine Entschlieung an, in der gefordert wird, daß die Arbeiterkraft auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein solle, wo die Flottenpolitik Großbritanniens verurteilt werden würde. Der Arbeiterführer Thomas erklärte, England müsse ein Beispiel geben, indem es die Arbeiter für die neuen Kriegsschiffe einsetze. Zwei Jahre nach dem Ver-

faller Vertrag haben wir in diesem Jahre vier Kriegsschiffe in Bau genommen, die 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling kosten werden. Der einzig mögliche Weg ist, auf die Abrüstungskonferenz mit reinen Händen zu kommen und als Beweis für unsere Aufrichtigkeit zu erklären, daß wir kein Kriegsschiff mehr bauen werden. Thomas fragte, gegen wen die Kriegsschiffe gebaut würden, statt der Kriegsschiffe müßten Handelschiffe gebaut werden. Ein anderer Arbeiterführer erklärte, die Washingtoner Konferenz werde das Vorbild sein, nicht für die Abrüstung, sondern für neue Rüstungen.

London, 8. September. (Tsch.-P.) Auf dem Gewerkschaftskongreß in Cardiff erklärte der ehemalige Präsident der Bergleute Smille, die Lösung des Abrüstungsproblems hänge von der internationalen Einigkeit der Arbeiter ab und davon, ob ihr erbitterter Kampf hart genug sei, um die gegnerischen Regierungen mißtrauisch zu machen.

Kleine Chronik.

Abänderung des Militärquartierungsgesetzes. Auf die wiederholten Eingaben des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakischen Republik, mit denen die Neuregelung der Militärquartierung wegen der auf diesem Gebiete unerträglich gewordenen Verhältnisse verlangt wurde, hat das Ministerium für nationale Verteidigung mit dem Erlasse vom 29. August 1921, Zahl 589.846, j. v. u. u. h., dem Verbandsmitglied mitgeteilt: „Bis die mit der Neuregelung des Quartierungsgesetzes verbundenen vorbereitenden Arbeiten soweit fortgeschritten sind, daß man zur Formulierung des beantragten Entwurfes eines neuen Quartierungsgesetzes schreiten kann, wird eine Enquete der Interessenten einberufen werden, zu welcher sich das Ministerium gemäß dem Erjude des Verbandes außer anderen auch einzuladen erlauben wird einige Stadtgemeinden mit und ohne Garnison, den geachteten Verbänden selbst, dann den Verbänden tschechischer Städte und den Verbänden tschechischer Bezirke. Die Regelung der Zinstarife ab 1. Jänner 1921 wird für das Jahr 1921 durch ein Gesetz durchgeführt werden, dessen Entwurf das Ministerium schon anfangs des Jahres 1921 ausgearbeitet hat, der jedoch verschiedener Hindernisse halber bis nun nicht Gesetz geworden ist; man kann aber hoffen, daß dies sobald als möglich der Fall sein wird. Die Neuregelung der Gebühren für die vorübergehende Quartierung wird im neuen Quartierungsgesetze durchgeführt werden. Nach dem Umsturz erfolgte schon einmal eine solche mit dem Gesetze vom 7. April 1920, Sig. Nr. 248.

Erfolgreicher Lohnkampf der Wiener Schauspieler und Theaterarbeiter. Wien, 8. September. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Wiener Theaterdirektionen einerseits und dem Schauspielpersonal und der Arbeiterschaft andererseits haben zu einem vorläufigen Übereinkommen über die Gehälter geführt, so daß die Frage des Theatertritts nicht mehr aktuell ist. Den Theaterangestellten werden die bisherigen Bezüge um ungefähr 85 Prozent erhöht.

Ein neuer Traid der Diamantenmuggler. New-York, 7. September. (Tsch.-P.) Bei der Landung des Passagierdampfers „Reeland“, der von Antwerpen ankam, wurde ein Angehöriger vom Verspflugungsdiens des Schiffspersonals verhaftet. Er trug ein Paket bei sich, das nach seinen Erklärungen Schmelzwachsreihungen der Regierung enthielt, deren Ablieferung er gegen eine Belohnung übernommen habe. Die Prüfung des Paketes führte zur Entdeckung von fünf Diamanten im Werte von 100.000 Dollars. Der Angehörige erklärte, daß er selbst getäuscht worden sei, und nannte den Namen des Empfängers, der ein Juwelier ist. Die Behörden glauben, eine wichtige Art des Schmuggels aufgedeckt zu haben.

Bedeutende Erhöhung der Eisenbahn- und Telegraphentarife in Polen. Die polnischen Blätter melden, daß die am 1. Juni und sodann am 1. Juli erhöhten Eisenbahntarife und die Telegraphentarife vom 1. Oktober ab wiederum erhöht werden, und zwar um 67-122 Prozent.

An der Automobilkundfahrt in Brescia nahmen 13 Frauen teil, welche die vier ersten Preise errangen. Der Sieger Friedrich fuhr die Strecke von 545 Kilometer in 2 Stunden 4 Minuten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die tschechischen Bauarbeiter gegen den Eintritt in die Moskauer Internationale. Vom 5. bis 8. September hat in Prag der Kongreß des tschechischen Bauarbeiterverbandes stattgefunden, der auch über die Anträge der Kommunisten, der Moskauer Gewerkschaftszentrale beizutreten, verhandelte. Diese Anträge wurden abgelehnt und ein Vermittlungsantrag angenommen, in dem zwar gesagt wird, daß die Ziele der Moskauer Internationale die endgültigen Ziele der sozialistischen Bewegung sind, im übrigen aber lehnt es der Kongreß ab, daß ein Teil der Gewerkschaftsbewegung sich dadurch aus der Gesamtheit der gewerkschaftli-

den Organisationen ausschließt, indem er der Moskauer Internationale beitrifft. Es würde das eine schwere Schädigung und eine Zerstückelung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Im übrigen empfiehlt der Kongress, diese Frage auf dem allgemeinen tschechischen Gewerkschaftskongress, der im Dezember oder Jänner stattfinden dürfte, zu entscheiden.

Ein Petroleummonopol in der Tschechoslowakei. In der Slowakei wurden vor einiger Zeit Petroleumquellen entdeckt, um deren Ausbeutung sich zwei Gesellschaften bewerben, und zwar die Standard Oil Company, einer der mächtigsten Trusts der Welt, der über 80 Prozent des gesamten Petroleumvorkommens der Erde verfügt, und eine andere amerikanische Gesellschaft, an deren Spitze der frühere amerikanische Gesandte in Bukarest Popieka steht. Die beiden Gesellschaften bieten der Regierung eine Anleihe von zweieinhalb Milliarden tschechischer Kronen, wofür sie das Schürfmonopol in der Tschechoslowakei erhalten. Von der bildenden Gesellschaft sollen 50 Prozent der Aktien den Konzessionären zufallen, 20 Prozent werden zur allgemeinen Zeichnung aufsteigen, 30 Prozent bekommt der Staat. Ferner ist die Gesellschaft verpflichtet, 100 Millionen Kronen für Bohrarbeiten auszugeben. Aber nicht nur die Produktion, sondern auch der Handel mit Petroleum soll restlos in die Hände einer Gesellschaft übergehen. Die Gefahr, die daraus entsteht, ist, daß die Petroleumkonsumenten der Tschechoslowakei dem Diktat der amerikanischen Petroleummilliardäre ausgeliefert werden.

Der Lohn der braven Bankbeamten. Die Mehrzahl der Preßburger deutschen und ungarischen Bankbeamten hat am großen Bankbeamtenstreik nicht teilgenommen. Sie haben zur Zeit des Streiks noch keine Dienstpragmatik erlangen gehabt und diese wurde ihnen als Lohn zugesprochen für den Fall, daß sie sich an der Bewegung nicht beteiligen. Die so gewonnene Dienstpragmatik hatte aber kein langes Leben. Eine Preßburger Bank zwang ihre Beamten zur Unterzeichnung einer Erklärung, laut welcher sie auf die in der Pragmatik festgesetzte ungeteilte Arbeitszeit von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags Verzicht leisten. Diese Erklärung wurde veröffentlicht, worauf sechs ungarische Banken eine neue Arbeitszeit einführten und zwar von halb 9 bis halb 1 Uhr vormittags und von halb 3 bis 6 Uhr nachmittags; es wurden auch drei obligatorische Ueberstunden von 8 bis 11 Uhr abends festgesetzt. Leicht gewonnen, leicht zertrümmert. Ein

gutes Beispiel dafür, welchen Wert die mit dem Verrat an der Solidarität erkaufte Sonderprivilegien besitzen.

Die wirtschaftliche Lage der Slowakei. In der „Tribuna“ finden wir einen Ueberblick über die Lage der Arbeiterschaft in der Slowakei, dem wir folgendes entnehmen: „Im Bergbau wurde ein Kollektivvertrag geschlossen, wonach die Löhne im Verhältnis zur Arbeitsleistung bestimmt werden. Im Hüttenwesen herrscht große Arbeitslosigkeit. In der Metallindustrie wurde der Kollektivvertrag gekündigt und seitens der Arbeiterschaft sind neue Forderungen überreicht worden. In der Emailindustrie arbeiten einige Betriebe überhaupt nicht, einige reduziert, in einigen wird wegen Lohnunterschieden gestreikt. Desgleichen wird in einer Reihe von Holzindustriebetrieben gestreikt, weil die Unternehmer die Löhne herabgesetzt haben. In der chemischen und Zuderindustrie bleibt der alte Vertrag in Geltung, die Glasindustrie leidet unter einer schweren Krise, in der Bauindustrie wurden die Löhne um 15 bis 20 Prozent herabgesetzt. In der Textilindustrie wurde ein neuer Vertrag geschlossen, in der Mühlenindustrie wird gegenwärtig über einen solchen verhandelt.

Der Rückgang des englischen Außenhandels. London, 8. September. (Neuer.) Nach dem Berichte des englischen Außenamtes für den Monat August betrug die englische Ausfuhr 51 Millionen Pfund Sterling gegenüber dem August des Vorjahres um 63 Millionen Pfund Sterling weniger. Die Einfuhr betrug 88 Millionen Pfund Sterling, gegenüber dem August 1920 eine Abnahme um 64 Millionen Pfund Sterling. Die der Ausfuhr-Berminderung macht bei Kohle 3 Millionen, bei Eisen und Stahlwaren 9 Millionen, bei Baumwollwaren 25 Millionen und bei Wolllwaren fast 8 Millionen Pfund Sterling aus.

Die englischen Gewerkschaften sind im Gegensatz zu den Gewerkschaften auf dem europäischen Festlande noch vielfach zersplittert. Gegenwärtig gibt es in England etwa 1200 Gewerkschaften. Die Baumwollindustrie zählt allein 150 Verbände, das Baugewerbe 50, der Kohlenbergbau 90. Innerhalb der Industrien bekämpfen sich die Gewerkschaften; jede hat das Bestreben sich durchzusetzen, ihre Mitgliederzahl zu erhöhen. In dieser Zersplitterung der Organisation ist auch eine der Ursachen der Niederlage der englischen Bergarbeiter zu suchen. Die Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsbewegung vereinhilft werden muß, wächst in der englischen Arbeiterschaft immer mehr.

In einer Artikelserie bringt der „Daily Herald“ Vorschläge zur Vereinfachung der Organisation der Gewerkschaften und Verminderung der Verbände.

Der Wert der Krone. Es kosten 100 holländ. Gulden 265 1/2, 100 Mark 85 1/2, 100 schw. Francs 1424, 100 schwed. Kronen 1806 1/2, 100 Lire 361, 100 franz. Francs 637 1/2, 1 Pf. Sterling 311, 1 Dollar 83 1/2, 100 belg. Francs 601 1/2, 100 Dinar 161 1/2, 100 Lei 78, 100 österr. Kronen 6.72, 100 poln. Mark 2.65, 100 ung. Kronen 18.65 sch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Neues Deutsches Theater. Heute die Buccini-Gemaler „Mantel“, Schwester Angelica, Gianni Schicci. Sonntag nachm. die neue Operette „Der Tanz ins Glück“, Sonntag abends „Cavalleria rusticana“, Montag „Bajazzo“, Gastspiel Sander-Kubla. Montag (20-4) Wiederholung des reizenden Lustspiels „Mein Freund Teddy“. Dienstag Erstaufführung der Operette „Die Scheidungsreise“. Mittwoch, den 14. „Der Rosenkavalier“. Donnerstag, den 15. neuinszeniert „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Kartenerwerb zu allen angezeigten Vorstellungen bei der Tageskasse im Neuen Theater.

Neuaufführungen im tschechischen Nationaltheater. Das tschechische Nationaltheater, das jetzt unter der Direktion des ersten literarischen Zieles verfolgenden Direktors Dr. Silar steht, der sich schon als Leiter des Weinberger Stadttheaters durch die Pflege erster Kunst trotz vielfacher Anfeindungen verdient gemacht hat, bereitet für die heutige Spielzeit eine Reihe interessanter Aufführungen von Werken heimischer und ausländischer, moderner und älterer Autoren vor. Als Neuheiten moderner tschechischer Autoren werden u. a. vorbereitet: K. Capels „Leben der Insekten“, A. Dvoraks „Matias der Ehrliche“, J. Mahens „Generation“, F. A. Saldas „Volkshausen“. — Von älteren tschechischen Schauspielen werden studiert: Bruchlids „Das Urteil der Liebe“, Jeyers „Sulamit“, Tyls „Der Sironischer Dudesackpfeifer“ u. a. Von nichttschechischen Autoren werden vorbereitet: Aus dem Englischen von Autoren des 18. Jahrhunderts: Sheridans „Rivalen“, Oliver Goldsmiths „Sie läßt sich herab zu erobern“; von modernen: Galsworthy: „Der Kampf“, B. Shaw: „Mensch und Uebermensch“ u. a. Aus dem Indischen: Tagores „Postamt“ und „Chitra“. Aus dem Italienischen: Goldonis „Fächer“, F. M.

Mariinis „Schwarze Lili“. Zahlreich sind die französischen Neuinszenierungen und Erstaufführungen. Von Neulernen nennen wir: Balzacs „Reverbei“, „Dumas“, „Kean“, von Neueren: Claudels „Proletus“, Camille Lemonnier: „Der Mann“ usw. Aus dem Norwegischen: Ibsens „Wenn wir Taten erwachen“ und Strindbergs „Pomphe“. — Sehr gering ist die Auswahl deutscher Dramen. Moß Franz Bedekinds „Marquis von Reith“ und Georg Kaisers „Die Bürger von Calais“ werden vorbereitet, was in Anbetracht der Bedeutung der deutschen dramatischen Kunst entschieden zu wenig ist.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Bodenbach Sonntag, den 11. d. M. in Bodenbach. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Beschlusfassung über das Bezirksregulativ, Wahl der Delegierten zum Parteitag, politische Lage, Neuwahlen.

Bezirkskonferenz Dux Sonntag, den 25. September in Dux. Tagesordnung: Parteitag und Wahl der Delegierten zum Parteitag.

Bezirkskonferenz B.-Leipa Sonntag, den 11. September in Böh.-Leipa.

Vereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 11. September, Wanderung nach Pirna. Treffpunkt um 7 Uhr früh vor dem Masarubahnhof.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die chemische Fabrik „Libenia“, Prag VIII., schreibt für die Konsumenten der „Libenia“-Schubkreme, „Libia“-Metallputzmittel, „Libenia“-Waschblau

100 Gewinne

aus: Haupttreffer K 1000.— entfällt auf die Marke Nr. 100.
11. Treffer K 500.— entfällt auf die Marke Nr. 50.
Acht 111. Treffer a K 250.— entfallen auf die Marken Nr. 10, 20, 30, 40, 60, 70, 80, 90.
90 kleinere Treffer: bestehend aus einer Schulputzkassette, Bürste, Flanell, Crème usw. entfallen auf die übrigen Marken.
Die Verlosung wird folgend geschehen: In eine jede tausendste Dose „Libenia“-Schubkreme, „Libia“-Metallputzmittel, „Libenia“-Waschblau, wird vor Zeugen auf den Boden der Dose eine Marke mit Nummer versehen gelegt, welche mit Angabe der genauen Adresse an die chemische Fabrik „Libenia“, Prag VIII., einzusenden ist, worauf der betreffende Treffer umgehend eingesandt wird.

Erzeuger von Linoleum
werden gebeten, bemasterte Offerte an den Arbeiter-Konsumverein Karbitz zu senden. Lieferanten von Ia. Eiern werden ebenfalls gebeten, ihre Offerte einzusenden. [53]

Optiker Deutsch
Graben 25 Prag K. Barak
10 Moderne Brillen, Zwicker, Reisseuge.

Verlangt
in Drogerien und Konsumvereinen
„BRILANTOL“
beste Kleiderstofffarbe.

ABADIE.
Die nächste
Prämien-Verteilung
erfolgt am **30. Oktober 1921.**
10000 Prämien

Im Werte von K 250.000 gelangen an **ABADIE** u. **AXA**-Raucher zur Verteilung. Letzter Termin für die Einsendung der Reklamemarken und Zigarettenpapier-Umschläge **15. Oktober 1920.**
Auskunft erteilt das Prämiembureau der „Abadie“ Société à Responsabilité Limitée, Prag VIII., Lipanská 361. Telefon 3832.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen
A. Kominik, Prag II., Resolventi 6, Telefon 6514-VIII.

Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Teplitzer Arbeiter-Bäckerei
Der klassenbewusste Arbeiter bezieht sein Brot ausschliesslich aus der Teplitzer Arbeiter-Bäckerei
Freibrot vorzügl. Qualität, der Laib **7 Kronen**
und ist das beste und billigste Brot.
Erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereines Teplitz-Schöna. Vereine erhalten Spezialofferte.

Brüder Tauber
Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Wysočan.

Was ihr ein Wetter kommt?
Sagt Ihnen am besten mein Hydrometer! Zeigt verlässl. 24 Stund. voraus, was für ein Wetter kommt. Sende 1 St. franko überall, bei Voraussend. K 3.- od. in Briefmarken. Nachn. kostet K 5.-. Herren Geschäftsleuten b. Abnahme von 24 Stück 33 Prozent ab. 57
Ferd. Wolf, Prachattz Böhmerwald.

Kanalfasse, Inlette, Matratzen
Gradl und Damaste, für Inland u. Export liefert billigst Hronover Erzeugung von Leinen- und Baumwollwaren 58
Viktor Prager, Prag-II., Truhláfská ul. Nr. 21, nächst Repräsentationshaus
Telefon 2252

Kautschuk-Stampigllen
erzeugt schnell, gut und billig
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

Kassen
feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma
Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag
Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 743

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7.
Genossen unterstützt uns genossensch. Unternehme! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

Bücher und Broschüren
aller Art
liefert zu den günstigsten Bedingungen
16 **Volksbuchhandlung**
Ernst Sattler, Karlsbad.

Meva
Aktien-Gesellschaft für Metallwaren-Industrie
Prag-Smichov
liefert für unsere Konsumvereine:
Haus- und Küchengeräte aller Art, Eisenfässer „Meva“ und „Exzelsior“, verzinkt. Geschirr, Oeler, Lagergefässe, Laternen, Lampen, Beleuchtungskörper, elektrotechn. Hartporzellan, eiserne Oefen usw.
Herbstmesse:
In der Maschinenhalle links.
Ständige Musterausstellung:
SMICHOV, DIVISOVA 1.

Die Entwürfe über ein sozialdemokratisches Gemeindeprogramm.

Der allenthalben empfundene Mangel, daß die Partei ein einheitliches Kommunalprogramm nicht besitzt, hat den Parteivorstand veranlaßt, einige Genossen, die sich praktisch mit Gemeindepolitik beschäftigen, zu beauftragen, Vorschläge über ein sozialdemokratisches Kommunalprogramm auszuarbeiten, welche dem kommenden Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Durch die Erweiterung des Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen wurden viele unserer Genossen und Genossinnen gezwungen, auf einem fast völlig unbekanntem Gebiete praktische Arbeit zu leisten. Ist diese Arbeit schon ungeheuer schwierig infolge der durch den Krieg geschaffenen äußerst desolaten Verhältnisse in den Gemeinden, so wird sie umso schwieriger, weil die theoretische Grundlage für eine einheitliche Betätigung im sozialistischen Sinne bisher fehlte. Wohl können wir, entgegen den gehässigen Angriffen bürgerlicher Kommunalpolitiker, ohne Ueberhebung sagen, daß unsere Genossen in den Gemeinden im Allgemeinen die Prüfung bestanden haben, daß die alte Klientel- und Vetternwirtschaft durch den frischen Aufzug sozialdemokratischer Einflüsse aus den Gemeindeverwaltungen verdrängt wurde, aber das kann nicht genügen. Was wir wollen müssen ist systematische Arbeit, sowie Einführung auf alle Einrichtungen öffentlicher Art. Der reaktionäre Geist bürgerlicher nationaler und liberaler Rückständigkeit muß aus den letzten Schlupfwinkeln vertrieben werden. Als Fundament für diese Arbeit brauchen wir ein Kommunalprogramm. Der Aufforderung des Parteivorstandes nachkommend, haben die Genossen Dr. Morgenstern, Bögl, Reizner und Uhlir Entwürfe für ein sozialdemokratisches Gemeindeprogramm verfaßt, welche in der Parteipresse veröffentlicht wurden und zur Diskussion stehen.

Wer die theoretische Arbeit der vier Genossen, die jeder auf dem Gebiete der Kommunalpolitik auch praktische Arbeit an hervorragender Stelle leisten, aufmerksam verfolgt, wird die Schwierigkeiten einer solchen Programmschöpfung erkennen. Es ist etwas anderes, theoretische Grundsätze aufzustellen, und wieder etwas anderes, praktische Arbeit zu leisten. In der Hauptsache gehen die Ansichten der Genossen in den vorliegenden Programmentwürfen nicht auseinander, was als Beweis für die gutdurchdachte Arbeit gelten kann. Wenn Genosse Morgenstern in einem eigenen Absatz Richtlinien für agrarische Dorfgemeinden bekannt gibt und Genosse Reizner meint, man müßte eigentlich das Gemeindeprogramm in drei Ausgaben, für größere Städte, Industriegemeinden und Landgemeinden herstellen, so ist die Ursache, welche zu diesen Anschauungen führte, nicht in der Anwendbarkeit des Sozialismus, sondern vielmehr in den komplizierten und mannigfachen Aufgaben der Gemeindeverwaltungen zu suchen. Die eingengte Stellung der Gemeindevertreter soll nach dem Vorschlag Reizners durch die Immunität beseitigt werden. Diese Forderung ist nicht neu und wurde in Deutschland wiederholt aufgestellt. Wenn man aber von dem Grundsatz ausgeht, daß die Vorbedingung für eine ungehemmte Betätigung in der freien Gemeinde das freie, sozialistisch verwaltete Gemeinwesen ist, wo die freie Kritik politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse eine Selbstverständlichkeit sein muß, wird jede Immunität, auch die der Abgeordneten, überflüssig. Bis dahin haben wir auf jeden Fall nur so viel Recht, als wir uns eben nehmen. Das sozialdemokratische Gemeindeprogramm muß und kann einheitlich sein, trotz der Verschiedenartigkeit der Gemeinden in Größe und Struktur der Bevölkerung. Das Programm ist ja nicht etwa in Wagen, auf den man sich setzen kann, um bequem und mühelos aufs Ziel loszufahren, sondern der Wegweiser, welcher in dem Labyrinth von Irrgängen zwar unentbehrlich ist, aber niemanden den Fußmarß erspart. Wie rasch man dann vorwärts kommt, hängt nicht allein von der Beschaffenheit des Weges, sondern auch von der größeren oder minderen Tüchtigkeit des Fußgängers ab.

Nach den vorliegenden Vorschlägen kann das sozialdemokratische Gemeindeprogramm in vier Hauptgruppen geteilt werden: Die Forderungen an den Staat, die Forderungen an das Land, den Gau und Bezirk, die Forderungen an die Gemeinde und die Forderungen an die Allgemeinheit. Die Forderungen an den Staat sind die Brennpunkte, weil von ihrer Erfüllung die Erfüllung aller übrigen Forderungen direkt oder indirekt abhängig ist. „Dorum“, sagt Uhlir im ersten Punkt seines Vorschlages, „ist die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung der Gemeinden die echte und wahrhafte Autonomie, die Selbstverwaltung im weitesten Sinne.“ Sehr eingehend beschäftigen sich

die Genossen Bögl und Reizner mit diesen Forderungen, aber auch die Genossen Dr. Morgenstern und Uhlir haben sie als die wichtigsten Forderungen eines Gemeindeprogrammes an erster Stelle entsprechend gewürdigt. Es ist Sache der staatlichen Gesetzgebung, für die Gemeinden die sichere Grundlage für eine wirklich autonome Verwaltung mit geschäftlich gewährleisteter Schuß der nationalen Winderheiten und eine geregelte Finanzwirtschaft zu schaffen, sowie alle Hemmnisse einer freien Entwicklung zu beseitigen. Dem Land, den Gauen und Bezirken werden eine Reihe von Aufgaben überwiesen, die nur von einer größeren Verwaltungskörperschaft zweckmäßig erledigt werden können. Besonders den Bezirken ist die Lösung wichtiger Aufgaben zugedacht. So in der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, im Wohnungs-, Armen- und Verkehrswesen. Trotzdem von jenen Lasten, welche heute von den Gemeinden zu tragen sind, ein erheblicher Teil abgemälzt werden soll, bleibt den unteren Selbstverwaltungskörpern eine solche Fülle von Aufgaben und Pflichten, daß sie vollauf zu tun haben werden. Ja, durch diese Aenderung der ganz und gar ungesunden Verhältnisse wird erst eine intensive Arbeit möglich sein. Die Tätigkeit der Gemeinde wird dann so sein können, daß sie den letzten Gemeindegürgern nicht nur unangenehm, sondern auch unangenehm fühlbar wird und die Erkenntnis weckt, daß über der eigenen Familie noch die größere Familie der Bürger und Bürgerinnen eines freien Gemeinwesens steht. Dann wird sich ohne Zwang von selbst die Erfüllung der vierten Forderung einstellen und die Allgemeinheit von allen Angelegenheiten der Gemeinde lebhaften Anteil nehmen.

Das Gemeindeprogramm zählt zu den wichtigsten Verhandlungsgegenständen des heutigen Parteitages. Gerade die Arbeiter können nicht gleichgültig bleiben, wenn man ihnen, deren Einfluß im Staate, infolge der Uneinigkeit in den eigenen Reihen, ohnehin beschränkt ist, auch in den Gemeinden die Möglichkeit der Selbstverwaltung immer mehr entzieht, wie dies in der Tschechoslowakei der Fall ist. Ein einheitliches Programm wird unsere Position, aber auch unseren bürgerlich-politischen Segnern gegenüber festigen, die sich, in viele Gruppen und noch viel mehr Meinungen zerteilt, überhaupt zu Grundsätzen nicht aufschwingen. Das Bewußtsein, systematische, zielichere und einheitliche Arbeit zu leisten, wird über manche Schwierigkeiten hinweghelfen. Wie immer der Parteitag entscheiden mag, ob er einen der Vorschläge annimmt oder, was am zweckmäßigsten sein dürfte, einige Genossen beauftragt, einen an der Hand der Entwürfe umgearbeiteten Programmvorschlag vorzulegen. Die deutsche sozialdemokratische Partei wird künftig ein eigenes Kommunalprogramm haben und das ist ein nicht zu überschätzender Erfolg. L. P.

Sitzung des Reichswirtschaftsrates.

Zuckerpreisfestsetzung. — Gerstenausfuhr.

In der Sitzung des Reichswirtschaftsrates vom 9. September wurde über die Freigabe des Zuckerehandels und die Festsetzung der Zuckerpreise verhandelt. In einem einleitenden Referate betonte die Vorsitzende, Senatorin C e i n, daß heuer die Regie der Zuckerrfabriken wesentlich geringer ist, vor allem durch billigere Kohlenpreise, bessere Qualität der gelieferten Kohlen und andere Faktoren, welche bei der Kalkulation eine Rolle spielen. Es erübrigt noch, einen verhältnismäßigen Rübenübernahmepreis festzusetzen, sodas es doch möglich sein wird, den bisherigen Zuckerpreis um ungefähr 2 K herabzusetzen. Voraussetzung ist, daß sowohl der Handel mit Rübep, als auch mit Zucker vollständig freigegeben wird. Es soll eine Enquete aller Interessenten einberufen werden, welche nach Ueberprüfung der vorgelegten Kalkulationen den neuen Preis vorzuschlagen hätte. In der Debatte wird von der Rednerin darauf verwiesen, daß in Oesterreich tschechoslowakischer Zucker mit K 6.80 verkauft wird, der Weltmarktpreis sich an der Grenze von K 7.— hält, während bei uns die Konsumenten noch immer K 8.20 bezahlen müssen. In der Debatte wurde auf die enormen Gewinne der Zuckerrfabriken in der Kampagne 1920/21 hingewiesen. Trotzdem zum Beispiel bei der Nürnberger Zuckerrfabrik sicherlich wie bei allen anderen Aktiengesellschaften die Bilanz nicht ein ganz klares Bild über den Reinertrag widerpiegelt, mußte dennoch der Reinertrag von 175 Prozent zugestanden werden. Die ewige Klage, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten die Produktion verkleinern, scheint hinlänglich durch die Tatsache, daß alle Löhne und Gehälter in dieser Fabrik nicht so viel betragen, als der Reinertrag, den die Besitzer einstreichen konnten. Protestiert wurde dagegen, daß bei Aufhebung der staatlichen Zuckerkommission eine neue privatkapitalistische Zentrale unter dem Titel Syndikat errichtet wird und ihr die schrankenlose

Ausbeutung der Konsumenten vorbehalten sein soll. Die Vereinbarung des Rübenübernahmepreises zwischen dem Zuckerrfabrikssyndikat und den Agrariern kann nicht als eine private Angelegenheit betrachtet werden. Wir werden uns gegen die Vereinbarung, wenn nicht anders, so auf Grund der Bestimmungen des Wuchergesetzes stellen müssen, sollen nicht die Konsumenten das Opfer dieser beiden vertragsschließenden Teile werden. Der Vertreter des Ministeriums teilte mit, daß die Absicht bestehe, den Zuckerpreis für den Engrosverkauf mit 7 K festzusetzen. Das wäre keine wesentliche Verbilligung gegen den Preis des Vorjahres. Der Zuckereport soll durch das Syndikat geleitet werden und der Staat an dem Exportgewinne partizipieren. Da auch die Agrarier an dem Exportgewinn beteiligt werden sollen, dürfte für den Staat nicht viel übrig bleiben. Als Resultat der Verhandlungen wurde ein Antrag des Abgeordneten Erba angenommen, der besagt, daß in einer Enquete das Volksversorgungsministerium mit dem Finanzministerium unter Teilnahme des Reichswirtschaftsrates eine genaue Ueberprüfung der Kalkulation des Zuckers durchzuführen solle. Demnach möge dann der neue Zuckerpreis für den Konsum festgestellt werden. Hierzu wird ein Zusatzantrag des Genossen Gehorsam angenommen, daß diese Kalkulation nicht von den Ministerialbeamten überprüft werde, sondern von Sachleuten, welche der Reichswirtschaftsrat bestimmen wird.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurden der Handel mit Gerste, die Bierpreise und die Ausfuhr von Gerste verhandelt. Zu diesem Gegenstande gab der Versorgungsminister Dr. Prochaska nachfolgende Erklärung: „Ich wurde erucht, meine Ansicht zu äußern in der Angelegenheit des Austausches von Gerste gegen Futtermittel. Ich bemerke, daß in Deutschland eine große Nachfrage nach unserer Gerste herrscht und daß das Versorgungsministerium von verschiedenen Seiten sehr vorteilhafte Anträge erhalten hat, vor allem die Möglichkeit des Austausches von 100 Kq. Gerste gegen 100 Kq. Weizen, eventuell Austausch von Mehl für Gerste. Bisher wurde kein Kompensationsgeschäft abgeschlossen, denn wir vermüssen bis zum heutigen Tage jedwede Erntestatistik. Wir haben überhaupt keine Statistik, wieviel von jeder Getreideart angebaut und geerntet wurde. Gerste kann nicht als Industriegetreide gewertet werden, denn es besteht die Befürchtung, daß wir heuer Mangel an Getreide haben werden und daß es notwendig sein wird, Gerste als Ersatz für Brotmehl zu verwenden. Andererseits müßte jedoch Vieh exportiert werden, wenn die Gerstenausfuhr nicht bewilligt wird. Allerdings müßte bei der Ausfuhr darauf gesehen werden, daß nur die für diesen Zweck bestimmte und nicht auch andere Gerste ausgeführt wird, was zur Folge hat, daß eine Kontrolle der Ausfuhr Platz greifen muß. In den allernächsten Tagen wird diese Angelegenheit beraten und die Modalitäten verhandelt werden. Den Agrariern müssen wir entgegenkommen, andererseits wird die Garantie da sein, daß nur solche Gerste ausgeführt wird, welche für den Export bestimmt war. Im Laufe einer Woche werden konkrete Anträge gestellt werden und der Standpunkt der Regierung wird sich innerhalb jener Grenzen halten, die ich eben angeführt habe.“

In der Debatte stellten sich die Vertreter aller sozialistischen Parteien dagegen, daß man auch nur den Versuch mache, gegen Kompensation Getreide, welches wir selbst benötigen, auszuführen. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Reichswirtschaftsrat erklärt, daß er gegen jede Ausfuhr von Gerste ist, da bisher weder das Ergebnis der Ernte bekannt ist, noch für das laufende Jahr der Konsum für die Ernährung, für den Verbrauch der Brauereien, Mälzereien und der andere Gerste verarbeitenden Industrie gedeckt ist. Auch zu einer Kompensationsausfuhr von Gerste für andere Futtermittel kann der Reichswirtschaftsrat seine Zustimmung nicht geben, da keine Garantie gegeben ist, daß mit dieser Ausfuhrbewilligung nicht Mißbrauch getrieben werde, und daß es möglich ist, die notwendigen Futtermittel durch direkten Ankauf gegen Barzahlung zu beschaffen.“

Äusland.

Kahrs Freiheit ist unvermindert.

Während die Reichsregierung mit dem famosen Herrn von Berger, dem Geschäftsträger Kahrs, in Berlin über eine Verständigung unterhandelt, wütet Kahrs in seiner altbewährten Weise fort. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Bayern und die dortige freige-werkschaftliche Landeszentrale wollten, wie der Berliner „Vorwärts“ berichtet, in sachlich gehaltenen Aufrufen die Arbeiterklasse zur Wachsamkeit und zum Kampf mit Republik und Demokratie auffordern. Die Polizeidire-

tion München verbot die Plakatierung, während an allen Pflasthäfen ein Aufruf der Nationalsozialisten: „Judenfreiheit in der Republik“ prangt. Ebenso wird dem Blatt der Münchner U. S. P. die Erlaubnis des Wiedererscheins verweigert, das maskierte „Miesbacher Tagblatt“ aber darf lustig seine Stinkbomben weiter werfen. Man kann sich vorstellen, wie ein von Rahtz akzeptiertes Kompromiß mit Wirth seinem inneren Werte nach aussehen würde.

Polens Nöte.

Die Salutarkrise Polens und die durch sie ausgelösten sozialen Stürme haben die Stellung des Ministeriums Witos so erschüttert, daß es in den nächsten Tagen wird weichen müssen — ob einem Beamten-, ob einem parlamentarischen Ministerium, steht noch dahin. Witos freilich und Skuli dürften dem schwer geprüften Lande erhalten bleiben, vielleicht gestellt sich ihnen als dritter der alte Kriegsvorbereiter und geriebene Fiskalist Bilinski zu. Wen vermutet, daß die neue Regierung sich in einem neu zu wählenden Landtag eine verlässlichere Stütze suchen wird, standert aber wird sie angehts der Ernennung von Schwierigkeiten keineswegs sein können. Anstatt sich unter solchen Umständen mit aller Kraft der inneren Konsolidierung zu widmen, schaut man unentwegt über die Grenzen. Augenblicklich ist man, wie ein Funkspruch aus Warschau meldet, über den Plan von Dymans „allgemein empört“, Warsau als autonome Provinz Litauen anzugliedern. Wie lautet doch das Märchen vom Wolf, der sich so übertraf, daß er verreckte?

Kemal Pascha über die Absichten der Türken.

Einem Vertreter der „Associated Press“ erklärte Mustafa Kemal: Wir sind fest entschlossen, die Griechen aus Anatolien zu verdrängen, und wenn wir mehrere Jahre kämpfen sollten. Wir sind entschlossen, den Kampf für die Verteidigung unserer Rechte durchzuführen. Die Geschichte kennt Beispiele von Kriegen, die Jahrhunderte dauerten. Es ist gerecht, daß der besiegte Teil die Kosten trage. Was Thrazien anbetrifft, so bildet sein östliches Gebiet einen untrennbaren Teil unseres Hinterlandes. Es besitzt ausschließlich türkische Mehrheit. Für den Rest Thraziens fordern wir eine Volksabstimmung. Konstantinopel gehört uns, doch sind wir bereit, Verhandlungen über die Meerengen und das Marmarameer einzuleiten unter der Bedingung, daß die Sicherheit Konstantinopels garantiert werde. Mehr als jemals beklage ich die Schrecken des Krieges, aber es wäre für uns die Vernichtung, wenn wir kampfslos die Waffen niederlegen. Wir wollen keine Republik; wir sind einheitlicher als jemals.

Bürgerliche Mißwirtschaft in Danzig.

Nationalistische Schlagworte haben, wie die Berliner „Freiheit“ berichtet, den Alldutschen zur Herrschaft im Freistaat Danzig verholfen und sie nügen ihre Macht im persönlichen und im Klasseninteresse schrankenlos aus. Die Senatoren ließen sich auf Lebenszeit wählen und große Gehälter bewilligen; die Bürgererschaft strebt zu ihnen, weil die Steuerlasten auf die Arbeiter abgewälzt werden, weil die Zwangswirtschaft und namentlich die Getreidewirtschaft teils aufgehoben, teils praktisch unwirksam gemacht wurden. Der Widerstand der Arbeiter wird durch Anbelung des Versammlungsrechtes und durch geschwidrige Verhaftungen, so der kommunistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt, gewaltfam gebrochen. Für die Auspeitschung des Chauvinismus sorgen geheime Verbindungen mit reichsdeutschen Monarchisten, Sipo und Orzech, kurz, die Herrschaften geben sich alle Mühe, in dieser halbpolschen Stadt den Polen einen Anschauungsunterricht über jenes Deutschland zu geben, wie es nicht sein soll und wie es bonierter Nationalismus in Oberösterreich errichten möchte.

Die Hungersnot drängt die russische Sowjetregierung Schritt um Schritt von ihren Prinzipien ab. So nötigt sie sie jetzt, den strengen staatlichen Verpflegungsdienst aufzuheben und nur die Angehörigen der roten Armee und Flotte nebst Familie, die Arbeiter der staatlichen Betriebe, Eisenbahnen und Schiffahrtsunternehmen und deren unverfugte Angehörige sowie die Invaliden mit Lebensmittelfaktoren zu beteiligen. Der Lebensmittelhandel wird dadurch wieder legitimiert.

Dunbee, 9. September. (Reuter.) Zum Zeichen des Protestes gegen den Standpunkt der Regierung in Angelegenheit der Arbeitslosenunterstützung beschlügen die Arbeitslosen die Geschäftsauslagen und plünderten sie aus. Einige Personen wurden verhaftet.

Mährisch-Odrau, 9. September. (Lch. Bz.) „Goniec Krasnoski“ schreibt, der polnische Ministerrat habe beschlossen, die Verordnung bezüglich der Agrarreform zu verschärfen.

Belgrad, 8. September. (J. Preßb.) In der nächsten Zeit werden in Belgrad Beratungen

von Vertretern Frankreichs, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens betreffs Einführung des Luftverkehrs zwischen Paris, Prag, Belgrad und Bukarest stattfand.

Währsch-Odrau, 9. September. (Tsch. P.B.) „Sonicz Krakowski“ meldet, der polnische Delegierte Dr. Rubel werde in diesen Tagen behufs Vereinbarung einer Eisenbahnkonvention mit Deutschland nach Berlin abreisen.

Paris, 8. September. (Gavas.) Die Bergleute in Essen erhielten eine prozentige Lohnerhöhung.

Moskau, 9. September. In Tambow wurde eine Verschwörung aufgedeckt, die sich die Schaffung eines föderativen Rußland mit autonomen Provinzen zum Ziele gesetzt hatte. Die Beteiligten wurden verhaftet und eine Untersuchung eingeleitet.

Rom, 9. September. (Funf.) Nach spanischen Meldungen haben die spanischen Truppen einen großen Erfolg über die Rifkabylen davongetragen. Die Aufständischen bieten ihre Untertwerfung an.

Rom, 9. September. (Funf.) In Adalia, wo die kemalistische Garnison meutert, sind italienische Matrosen zum Schutze der Bevölkerung ausgeschifft worden.

Das Ernährungselend in Nordmähren.

Das nordmährische Armutsgebiet mit seinen Hungerlöhnen, seiner jetzt jahrelang darniederliegenden Textilindustrie, seinem Hauswebereielend hat durch die ganze Zeit seit Kriegsausbruch furchtbar unter dem Ernährungsjammer gelitten. Die Folgen zeigen sich in dem unheimlichen Anstieg der Tuberkuloseerkrankungen, in der Unterernährung der Kinder und Frauen, in der gesteigerten Nervosität der ganzen Bevölkerung und in der Abnahme der Einwohnerzahl des Gebietes. Obwohl diese Verhältnisse aus unzähligen Eingaben und Bittschriften bei den Behörden genau bekannt sind, hat man darauf weder bei der Ausarbeitung des neuen Ernährungsplanes noch bei den Uebergangsbestimmungen Rücksicht genommen. Brutal wurde für jede Gemeinde eine Höchstzahl von Brotartenempfangern festgesetzt, welche überall weit unter dem Bedürfnis steht und es wurde gar keine Verfügung getroffen, daß für die bis jetzt nicht eingelösten 4-5 Abschnitte der alten Brotarten der Bevölkerung Mehl gegeben werde. Im Gegenteil auf alle Eingaben wurde erklärt, die alte Verforgung endet am 4. September und nach dem neuen Plane können doch nicht mehr mit Brotarten, sondern bloß mit auf Namen lautenden Legitimationen Mehl neuer Ernte eingelöst werden. So sind Tausende schwer geschädigt, weil sie bei dem Mangel an Kartoffeln einzig auf das teure Mehl des freien Handels angewiesen wurden. Und was mit zu den ärgsten Ungerechtigkeiten Veranlassung gibt, ist die Bestimmung, daß jeder Besitz, auch der kleinste, den Grund bildet, solche Personen aus der öffentlichen Verforgung auszuschneiden. Die Fälle, daß Arbeiter auf den Dörfern ein kleines Säuschen, ein kleines Stüchlein Grund, natürlich meist kaum genügend, um eine Ziege zu halten oder um ein paar Kartoffeln zu erbauen, wurden von der Bezirksverwaltung — wahrscheinlich über höheren Befehl — dahin ausgelegt, daß alle solche Leute, auch wenn ihr Besitz noch so klein ist, von den Gemeindefunktionen nicht in die Liste der zu versorgenden Personen aufgenommen werden dürfen, sondern ausnahmslos ihr Anrecht erst im Beschwerverwege erkämpfen müssen. Wenn diese Bestimmung überall so ausgelegt wird, hat die Anwesenheit von Sozialdemokraten in diesen Kommissionen, welche doch bloß eingetretene sind, um der Arbeiterschaft zu ihrem Rechte zu verhelfen und Unrecht zu verhindern, gar keinen Zweck. Dazu kommt das freche Treiben der Agrarier, welche die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte: Getreide, Milch, Butter, Fleisch zu unerschwinglicher Höhe hinaufbringen wollen und immer provozierend auftreten. Der ganzen Arbeiterschaft hat sich eine ungeheure Erbitterung ermaßigt. Das bezeugten die für Mittwoch, den 7. September in den hauptsächlichsten Industrieorten von der Bezirksleitung einberufenen Protestversammlungen, welche unter freiem Himmel während der Arbeitszeit stattfanden. In Schönberg, Deutsch-Wiesenberg, Wiesenberg, Hannsdorf, Heinrichstal, W. Neustadt erschienen alle Arbeiter und ein Großteil der sonstigen Bevölkerung, um gegen diese Willkür, gegen diesen Raubzug auf ihr spärliches Einkommen ihre Stimme zu erheben. Die Versammlungen zeigten die furchtbare Erbitterung der Arbeiterschaft, aber auch die Entschlossenheit, wenn gesetzliche Mittel nicht nützen sollten, mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln ein weiteres Herabdrücken ins Elend zu verhindern. — Die Kommunisten beteiligten sich an diesen Demonstrationen nicht. Sie hatten nur vor 14 Tagen eine Versammlung in dem kleinen Saale des Schönberger Arbeiterheims veranstaltet, welche aber beinahe gar nicht mit dem Kampfe gegen die Teuerung, sondern überwiegend mit Beschimpfungen der sozialdemokratischen Vertrauensmänner ausgefüllt war und als einziges Kampfmittel — die Entsendung einer Abordnung an die Bezirksverwaltung beschloß. **Blug in Schönberg**

sprach ein tschechischer Kommunist — die deutschen Wortführer waren kluglich zu Hause geblieben — der aber in gehöriger Weise vom Referenten, Genossen Abgeordneten Häusler, abgefertigt wurde. Jetzt wartet die ganze Bevölkerung darauf, wie die Kartoffelverforgung geregelt werden soll. Wenn auch dieses für Tausende das wichtigste Nahrungsmittel, dem freien Handel mit seinen Wucherpreisen ausgeliefert werden sollte, dann wird die Arbeiterschaft ihre Zurückhaltung aufgeben.

Der Chodauer Mord.

Die auch von uns am Donnerstag gebrachte Mitteilung über Verhaftungen mehrerer kommunistischer Sekretäre und Parteianhänger, welche, wie wir nach der Pilsner „Roda Doba“ zitierten, mit der Ermordung eines Fabrikbeamten in Chodau im Zusammenhang stehen sollen, hat naturgemäß bedeutendes Aufsehen erregt und man konnte nun neugierig sein, was das Zentralorgan der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, der Reichsberger „Vorwärts“, dazu zu sagen haben werde. Der sonst mit Worten wahrhaftig nicht sparsame „Vorwärts“ ist diesmal aber derart wenig redselig, daß man darnach auf seine Bestürzung schon einigermaßen schließen kann. Am Donnerstag brachte er in mühsamem Stimmeln nur die Verlegenheitsphrase heraus:

„Obwohl wir noch nicht genügend informiert sind und daher nicht feststellen können, wie weit diese Behauptungen auf Wahrheit beruhen, erklären wir es als eine gemeine Niedertracht, die kommunistische Partei mit diesem Verbrechen in Zusammenhang zu bringen.“

So einfach, wie der „Vorwärts“ sich die Sache machen möchte, liegt sie dem doch nicht. Wohl kann man es schon glauben, daß der Chodauer Mord nicht ausdrücklich in einer Sitzung der kommunistischen Parteiverammlung beschlossen wurde, aber da an ihm, wie die Behörden behaupten, zwei kommunistische Parteisekretäre in nicht unerheblicher Weise beteiligt sind, so geht es wohl doch nicht an, daß der „Vorwärts“ nun auf einmal jeden Zusammenhang der Partei mit diesen Sekretären zu zerreißen sucht, die doch bislang Repräsentanten der Partei über große Bezirke waren und deren Hauptberuf darin bestand, die Sekretäre und Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei zu beschimpfen. Auch am nächsten Tag war der „Vorwärts“ nicht viel redseliger. Immer noch möchte er sich zwar gern aufs hohe Ross setzen, sich aber doch auf die Beleuerung beschränken, daß die kommunistische Partei mit der Chodauer Mordtat nichts zu tun habe. Der arme „Vorwärts“, wie fürchten um sein bisheriges Verstand. Daß die kommunistische Partei den Chodauer Werkbeamten ermordet hat, wird natürlich niemand behaupten, aber wenn gleich zwei hervorragende Funktionäre der kommunistischen Partei mit einer solchen Tat belastet erscheinen, so wird es die Partei vergeblich versuchen, sie einfach von sich abzuschreiben. Die Arbeiterschaft wird nicht ermannt werden können, Betrachtungen darüber anzustellen, was für Leuten die kommunistische Partei die wichtigsten Vertrauensposten übertragen hat und wie sie mit der Bekämpfung der Sozialdemokraten beauftragt. Sie wird auch unweifelhaft den Eindruck empfangen, daß der Geist Bözls über dieser Mordtat schwebt, ein Geist, mit dem den Zusammenhang zu leugnen die kommunistische Partei bisher nicht allzu eifrig versucht hat. Nein, dem verehrten „Vorwärts“ wird es nicht gelingen, die Parteisekretäre Plesler und insbesondere Trhubsch, abzuschütteln.

Tages-Meinigkeiten.

Zum internationalen Kongress der Kriegsteilnehmer. Wie wir bereits berichteten, findet der zweite Weltkongress der Organisationen der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer am 30. September, 1. und 2. Oktober 1921 in Wien statt. Neue Organisationen, welche der von dem berühmten Dichter Henri Barbusse gegründeten Internationale der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer noch nicht angeschlossen sind und sich für den Kongress interessieren, mögen sich entweder an das vorbereitende Komitee, Wien, 7., Lerchenfelderstraße 1, oder an den Vollzugsausschuß (Exekutivkomitee) der Internationale in Paris, Sekretär Charles Drouffe, Paris, 2., Rue St. Denis 261, wenden.

„Mit Moral treibt man keine Politik.“ Diese Worte stammen nicht etwa von einem gefährlichen Ausbeuter, einem kapitalistischen Scharfmacher, wie man vermuten könnte, sondern von einem kommunistischen „Jugendbildner“. Wir machen diese traurige Feststellung gleich zu Anfang, weil sie mit furchtbarer Deutlichkeit darauf hinweisen soll, welchen Weg die Arbeiter, vor allem aber das jugendliche Proletariat, wandeln muß, wenn es den Spuren Moskaus folgt. Man hat nicht immer Einblick in das Innere kommunistischer Parteiverhältnisse, kommt man ihnen aber hier und da hinter die Kulissen, so tut sich einem jedes Mal ein Abgrund an Morallosigkeit und Skrupellosigkeit auf. Viele von den Verirrten, die sich im Ueberdrang der Gefühle von alles-versprechenden Phrasen und geschickten Demagogien haben blenden lassen, haben heimgefunten zur alten Partei, die die Sache des Proletariats

mit alter Ehrlichkeit verfiel. Einer von den vielen Angeekelten, Jugendgenosse Ernst Feltinghauer aus Weipert, der nach schwerem inneren Kampfe und nach den Irrungen der Vergangenheit den Schritt in das Lager der revolutionären Sozialdemokratie zurückgetan hat, gibt in einer ausführlichen persönlichen Rechtfertigung durch unser Komotauer Parteiblatt an der Hand von Dokumenten bekannt, wie sich seine Wandlung vollzogen hat. Wir brauchen, um die kommunistische Politik, die Gedankengänge dieser Art Führer und Erzieher des Proletariats zu kennzeichnen, aus dem reichen Material Feltinghauers in zwei Stellen anführen. Als im Februar 1921 den Kommunisten die Zustände bei den Jugendlichen in Weipert Bezirke nicht zu klappen schienen, sandte das Sekretariat der Kreisorganisation Komotau den Genossen Feltinghauer, der damals in Weipert Bezirksvertrauensmann der Jugendorganisation war, ein Schreiben, an dessen Schlusse es heißt:

Auch möchte ich aufmerksam machen auf die Arbeit in der Partei. Ihr müßt wählen und schüren! Ihr müßt überall Euren Einfluß geltend machen.

„Ihr müßt wählen und schüren!“ — nichts könnte besser beweisen, wie beabsichtigt die kommunistischen Führer, die immer tiefere Zerklüftung des Proletariats anstreben. Dabei bediene man, daß diese Worte an Jugendliche gerichtet sind! Statt deren Vertrauensmännern zu sagen: bauet auf, erziehet, machet aus den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen eine Armee geistig und körperlich kampftüchtiger, Massenbewußter Proletarier, rufen ihnen diese verantwortungslosen Heher — die Worte vom Wählen und Schüren in die Ohren. Wir gestehen, daß wir trotz reicher Erfahrungen ein so offenes Eingeständnis absoluten Mangels an Sittlichkeit doch nicht vermutet hätten. Aber wozu brauchten auch Kommunisten Moral, wozu brauchten sie, denen die Partei ein Geschäft, die Politik ein Handwerk ist, Sittlichkeit? Daß sie, die gewählten Vertrauensmänner breiter Arbeiterschichten, bei uns die Moral aus der Politik, also die Sittlichkeit aus dem Befreiungskampfe des Proletariats, ausschalten wollen, beweist folgende Stelle eines anderen Schreibens, das Genosse Feltinghauer vom Sekretär der kommunistischen Kreisorganisation Komotau erhielt:

„Ueberhaupt muß ich konstatieren, daß Du für die Politik ganz ungeeignet bist. Ich meine, für die Politik. Als die Jugendbewegung bei uns noch auf anderen Wegen ging, als wir eben eine „Rekrutenschule“ sein sollten, da warst Du noch zu gebrauchen. Mit Deinem weichen Gemüte kannst Du unmöglich diesen Handwerk dien. Denn mit Moral treibt man keine Politik.“

Wozu diesem Besenminis einer besonders schönen kommunistischen Seele noch viel hinzufügen? Es ist furchtbar traurig, daß noch immer tausende Arbeiter einer Partei Gefolgschaft leisten, die auf ihre Kosten die Morallosigkeit geschrieben. Da diese Fahnen aber nunmehr überall — wenn auch unfreiwillig — entkült werden, werden von den sozialistischen Arbeitern, deren Forderungen doch die höchsten sittlichen Gedanken zum Inhalt haben, die Irrenden bald dieser Partei und ihrer Unmoral den Rücken kehren.

Was kapitalistischer Profitwahnsinn anrichten kann, beweist ein furchtbares Unglück, das sich bei einer kinematographischen Aufnahme durch die Filmunternehmung Saska in Eisenerz am Erzberg ereignete. Die Alpine-Montagegesellschaft, Bergdirektion in Eisenerz, hat einigen jungen Leuten die Erlaubnis gegeben, am vergangenen Samstag auf einer Etage des Erzberges eine Filmstange aufzustellen, die angeblich für Amerika bestimmt sein sollte, zu machen. Dazu wurden diese Arbeiter als Kompaniererie benötigt. Um die notwendige Sensation, die jeder Schundfilm benötigt, herzustellen, wurde Pulver verwendet, um Sprengungen darzustellen. Durch die Leichtfertigkeit 17- bis 20-jähriger (!) Menschen, die die Leitung der Aufnahme in Händen hatten, ereignete sich anlässlich einer solchen „Sprengung“ das furchtbare Unglück. Die Leute wurden durch die Regisseur direkt in die Sprengstellen hineingetrieben! Plötzlich explodierten einige Sprengpatronen und als Opfer blieben ein Toter, gegen 20 Schwere- und Leichtverletzte zurück. Vorher hatte man den Arbeitern gesagt, daß alles ungefährlich sei. Einige warnen ernstlich, trotzdem wurde das Signal zum Schießen gegeben. Es handelte sich ja „nur“ um Arbeiter! Nicht nur die Saska-Filmgesellschaft, sondern auch die Alpine trifft schwerste Schuld, da sie es unterließen, die nötigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.

Deutsche Agrarier bei Masaryk. Die „Lidobe Robin“ melden: „Der deutsche Agrarier Senator Zuleger hat im Einvernehmen mit den Vorsitzenden des Agrarklubs Krepel um eine Audienz angefragt und den Präsidenten über die Ansichten und Forderungen der Deutschen und auch über einige besondere Wünsche der deutschen Agrarier informiert.“ — Was wir nur so registrieren.

Das „Fochengericht“. Das ist beiseite kein Druckfehler, sondern ein Zitat aus unserer gestrigen Notiz „Der Fall Wynnet“. Dort hätte es allerdings „Fochengericht“ heißen sollen, der Druckfehler aber hat zur Ver-

reichertung der deutschen Sprache das Wort „Fochengericht“ gebildet. Der unliebsame Geselle hat sich übrigens auch sonst in der gestrigen Nummer unseres Blattes fleißig umgesehen. Er hat es im Leitartikel fertiggebracht, Deutschland zur Bezahlung der ersten Reparationsmilliarde 63 Milliarden flüssig machen zu lassen. Dem Deutschen Reiche sind wahrlich die 63 Millionen schwer genug gefallen.

Ueberzählige Auswanderer werden von Amerika zurückgewiesen. New York, 9. September. (Neuer.) Der Bundesrichter Mac hat eine Entscheidung gefällt, die die Befugnis der Einwanderungsbehörden aufrechterhält, in amerikanischen Häfen eintreffende Einwanderer zurückzuweisen, sofern ihre Zahl die den betreffenden Nationen durch das Einwanderungseinschränkungsgesetz gestattete monatliche Zahl übersteigt. Diese Entscheidung betrifft Hunderte von Angehörigen verschiedener Nationen, die ihrer Zurückweisung entgegensehen.

Selbstmord. Auf der Strecke der Nordwestbahn gegenüber dem Kaiserpark in Karolinenthal wurde gestern um Mitternacht die Leiche eines vom Zuge überfahrenen Mannes gefunden. Es wurde in der Leiche der Rechnungsrotenmeister Friedrich Sch. des Prager Garnisonsspitals erkannt, der offenbar Selbstmord verübt hatte.

Vatermord. Zu unserer Notiz „Rutmaßlicher Vatermord“ in der Nummer 6 vom 7. September erfahren wir, daß Thomas Kofron bei seiner Einvernahme beim Kreisrichter in Pilsen bereits gestanden hat, daß er seinen Vater ermordet und dann mit Rasen bedeckt habe.

Ueberfall. In der Dvorakgasse in Smichow wurde vorgestern abends das Dienstmädchen Marie Kraja von einem Unbekannten ohne jede Ursache aus einer Floberysthose in den rechten Fuß geschossen. Der Täter entfloh. Die Verletzte wurde in das allgemeine Krankenhaus gebracht.

Die proletarische Hilfsaktion für Rußland.

Der Arbeiterausschuß zur Hilfeleistung für Rußland hielt gestern unter dem Vorsitz des Genossen Haberman eine Sitzung ab. Aus dem Bericht im „Rode Bravo“ vom 9. August d. J. wurde konstatiert, daß der Exekutivausschuß der Kommunisten in Rußland die Partei in dem Beschluß gefaßt hat, seine Vertreter aus dem gemeinsamen Ausschuss abzuberufen und eine selbständige Aktion zu unternehmen. Die Vertreter aller Parteien und Gruppen, die im Ausschuss vertreten sind, haben keine Möglichkeit an der Situation, wie sie durch den Beschluß des Exekutivausschusses der kommunistischen Partei geschaffen wurde, etwas zu ändern. Sie sprachen über dieses Vorgehen, durch welche die einheitliche proletarische Aktion für das hungernde russische Volk eine Schwächung erfährt, ihr Bedauern aus. Es wurde einstimmig konstatiert, daß die Verantwortung für die schädlichen Folgen dieses Vorgehens einzig und allein auf die kommunistische Partei fällt. Der Arbeiterausschuß konnte sich mit Rücksicht auf die Überzeugung der übergroßen Mehrheit der tschechischen und deutschen Arbeiterschaft nicht dafür entscheiden, das Ergebnis der Sammlungen ohne Kontrolle des europäischen Proletariats den Organen der Sowjetregierung und der russischen kommunistischen Organisationen zu übergeben. Die Vertreter aller im Arbeiterausschuß vereinigten Gruppen und Parteien erklären mit derselben Entschiedenheit, daß sie es auch nicht zulassen, daß die Ergebnisse der Sammlungen der sozialistischen Arbeiterschaft in irgend einer Weise zum Vorteile irgend welcher gegenrevolutionärer Aktionen verwendet werden. Die Sammlungen müssen unter den hungernden russischen Proletariern, ohne Unterschied der Partei und der politischen Überzeugung, gerecht verteilt werden. Einstimmig wurde beschlossen, ungeachtet des Austrittes der Kommunisten, in der begonnenen Aktion mit allen Kräften fortzuschreiten und es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die sozialistische Arbeiterschaft in der richtigen Erkenntnis ihrer Pflicht eine Schädigung der Aktion des Arbeiterausschusses nicht zuläßt.

Es wurde beschlossen, daß die von dem Gewerkschaftsverbänden ausgegebenen Sammellisten nach Ablauf der vierwöchentlichen Sammelfrist durch die Vermittlung der Verbände dem Arbeiterausschuß abzuführen und in der Genossenschaftsbank zu hinterlegen sind. Die im Rahmen der gemeinsamen Aktion des Arbeiterausschusses unternommene Aktion der Genossen schaften aller beteiligten Parteien wurde gutgeheißen. Die Mitglieder der Genossenschaften werden ihre Spenden bei den Lebensmitteln, den Bedarfsgegenständen, Kleidern, Schuhen usw. unter Mitwirkung ihrer Konsumvereine abliefern. Aber die Form der Verteilung der Ergebnisse der Sammlungen wird endgültig entschieden werden, bis die Antworten von der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Internationale eintreffen.